

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Gesicht wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röntgenstraße Nr. 16 b.  
Telephonruf Nr. 8892.

**Zusatz**  
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Reichstagswahlen und Gewerkschaften.

Die Reichstagswahlen sind auf den 16. Juni angesetzt und die Wahlbewegung ist bereits auf der ganzen Linie eröffnet. Alle Parteien sind, soweit es nicht schon geschehen ist, eifrig am Werke, Kandidaten zu suchen und aufzustellen, wobei die wirtschaftlichen Unternehmerorganisationen, die Fabrikantenvereine, Handwerks- und Gewerbevereine sowie Innungen sich in sehr beachtenswerter Weise mit ihren Sonderansprüchen hervortun. Man will Fabrikanten, Fabrikdirektoren und ähnliche Leute als Vertreter der Industrie im Reichstag haben; die Handelswelt verlangt Kandidaten aus ihren Reihen; die Handwerksmeister möchten gerne ihre Führer im Reichstag haben, damit in die Mittelstandspolitik mehr Schneid kommt und endlich die Geburtsstunde für den künstlerischen Messias, für den Befähigungsnachweis, schlägt, der als Zaubermittel alle Wunden des Handwerkes heilt und seinen morchen Boden mit dem sagenhaften goldenen Boden vertauscht. Am rührigsten ist der Bund der Landwirte, der ungestüm vorwärts drängt und fast die sämtlichen bürgerlichen Parteien und Politiker unter sein Joch beugt. Selbst in zahlreichen industriellen und städtischen Wahlkreisen macht der Bund Ansprüche geltend und diktiert er den anderen Parteien und den Kandidaten seine Forderungen und Bedingungen, die auch meistens akzeptiert werden. Der Bund der Landwirte will im neuen Reichstag eine noch stärkere Position erringen als er im alten hatte, und vor allem will er das Zustandekommen von Handelsverträgen ohne die höchsten Zölle verhindern.

Wirtschaftliche Reaktion und politische Reaktion verbinden sich miteinander, um im neuen Reichstag die Interessen der besitzenden Klassen in jeder Beziehung erfolgreich und befriedigend wahrzunehmen, im gleichen Maße aber auf der anderen Seite die Arbeiterinteressen schädigen zu können. Der alte Reichstag hat eine sehr bedeutungsvolle Geschichte er hat viele und gemeinschädliche Taten vollbracht, von dem neuen Reichstag erwartet aber die verbündete Reaktion die Fortsetzung dieser Tätigkeit, die Vollerbringung neuer volksfeindlicher Taten. Darum auch hat die Arbeiterschaft allen Grund, der Wahlbewegung und der Reichstagswahl aller Orten die intensivste Aufmerksamkeit zu widmen. Die sozialdemokratische Partei als die Arbeiterpartei, die Partei der Enterbten und Unterdrückten und Verfolgten, hat denn auch in voller Würdigung des hohen Ernstes der Situation frühzeitig ihre Wahlvorbereitungen getroffen und wiederum, wie vor fünf Jahren, in fast sämtlichen 397 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, unter denen sich zahlreiche Metallarbeiter befinden. Für die Arbeiterklasse gilt es, einen besseren Reichstag, als der alte war, zu wählen, einen Reichstag, der endlich einmal ernsthaft daran geht, die Reichsverfassung, soweit es noch nicht geschehen, auszuführen, sie aber im übrigen freiheitlich auszugestalten und die Gesetzgebung mit einem volkstümlichen, freien und sozialen Geiste zu erfüllen. Die Interessen, die Wohlfahrt, die Rechte der großen Massen der 56 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches sollen die bestimmenden Faktoren für die Gesetzgebung wie für die ganze Tätigkeit des Reichstags werden, und nicht länger sollen die Interessen, die Wünsche und Forderungen der oberen Zehntausend, der Schlot- und Krantjunker, der großen Finanz- und Handelswelt, des Militarismus und Marinismus alles beherrschen und die allgemeinen Volksinteressen schwer schädigen.

Sehr wichtig ist es für die Arbeiter als Gewerkschaftler, daß der neue Reichstag eine volkstümliche Zusammenfassung erfährt. Der alte Reichstag, der im Zeichen der Zuchthausvorlage im Herbst 1898 seine Tätigkeit aufgenommen hatte, lehnte zwar angehts des Massensturmes der deutschen Arbeiter den schandbaren Wechselbalg ab, allein die vertrottelten und fittlich verwahrlosten Scharfmacher haben darum noch nicht ihre arbeiterfeindlichen Pläne aufgegeben. Sie schreien nach wie vor nach Entrechtung, Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiter, nach neuen Zuchthausvorlagen, und in jüngster Zeit erst hat der Arbeiterschuttsverband von der Regierung die Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung verlangt, also eine neue Zuchthausvorlage. Das Ziel dieser verkommenen, jedes Gerechtigkeitssinnes und -Gefühles baren Scharfmacherbande ist im Zustand, in dem die Unternehmer alle und die Arbeiter gar keine Rechte haben. Maßregelung, Beschimpfung und Mißhandlung, Lohnreduktion, Aussperrung, schwarze Liste mit Sperre des Unternehmerarbeitsnachweises, alle diese Unterdrückungs- und Verfolgungsmittel der Unternehmer gegen die Arbeiter sollen ohne jede gesetzliche Beschränkung läßtlos gehandhabt werden dürfen; gleichzeitig aber sollen Arbeiter verboten sein, sich zu koalieren, Lohn- und Streikbewegungen durchzuführen, Streikposten aufzustellen, die Sperre zu verhängen, Warnung vor Bezug zu erlassen, durch schwindelhafte, verlogene Vorpiegelungen herabgelockte

Streifbrecher über den Stand der Dinge aufzuklären und sie von dem Verrat ihrer kämpfenden Kollegen abzuhalten u. s. w. Scharfmacher von dieser Sorte sahen bereits in erheblicher Anzahl im alten Reichstag, nach den Absichten der Unternehmerorganisationen soll ihre Zahl im neuen Reichstag noch weiter stark vermehrt werden, um endlich das deutsche Nationalzuchthaus anrichten zu können. Zu diesem „edlen Zwecke“ ist in Sachsen der bekannte Oberscharfmacher Geheimrat Jendke, früher Direktor bei Krupp in Essen, als Reichstagskandidat aufgestellt worden und, im Hinblick auf diesen „edlen Zweck“, in Jena der reaktionäre Nationalliberale Boffermann nicht wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden, weil er im Jahre 1899 die berüchtigte Zuchthausvorlage bekämpfte. Und so fröh erhebt die Reaktion, die Scharfmacherbande, in einem Wahlkreis, in einer Stadt ihr Haupt, in der das Reifische Institut mit seinen tausend Arbeitern unter der Leitung des vortrefflichen Professors Abbe als ein Riesenmüsterbetrieb blüht, der einen Welt Ruf genießt und ganz Deutschland zur Ehre gereicht.

Es darf auch angehts der bevorstehenden Neuwahlen nicht darauf vergessen werden, daß der alte Reichstag zwar die Zuchthausvorlage verworfen, aber ebenso es abgelehnt hat, das Koalitionsrecht der Arbeiter auszubauen und gegen Übergriffe der Unternehmer wie der Behörden zu schützen. Es war die sozialdemokratische Fraktion, welche in der Session 1899/1900 bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle, welche die Stellenvermittlung, Ruhezeit der Ladenangestellten, Lohnbücher für die Konfektionsbranche zc. betraf, den Ausbau des Koalitionsrechtes der Arbeiter versuchte, damit aber auf den Widerstand aller bürgerlichen Parteien stieß. Mit der Ablehnung der Zuchthausvorlage glauben die bürgerlichen Parteien genug für die Arbeiter getan zu haben.

Zu positiver sozialpolitischer Arbeit war überhaupt, wie immer, bei den bürgerlichen Parteien wenig Neigung vorhanden und das Wenige, das in der verfloffenen fünfjährigen Legislaturperiode geschaffen wurde, ist der unablässigen scharfen Kritik der sozialdemokratischen Abgeordneten an den bestehenden zahlreichen Mißständen, an der Unzulänglichkeit der vorhandenen sozialen Gesetzgebung und der durchaus unbefriedigenden Durchführung derselben sowie der unablässigen Anspornung zur Fortführung der sozialen Gesetzgebung zu danken. Gleich in der ersten Session 1898/99 brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen ein, welche die Revision des Gewerbevertragsgesetzes im Sinne der obligatorischen Errichtung von Gewerbegerichten, der erheblichen Ausdehnung des Wirkungsbereiches derselben, der Wählbarkeit weiblicher Personen und Beginn des aktiven und passiven Wahlrechtes mit dem 20. Lebensjahr verlangten, ferner die Vorlegung eines Reichsberggesetzes, weiter die Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden nach folgenden „undfängen: die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffsfahrt. Sie wird einer Reichszentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat. In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Rechte, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen, beziehungsweise zu wählen. Endlich wurde von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, durch welchen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswehen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird. Ein letzter Antrag verlangte freies Vereins- und Versammlungsrecht als die Voraussetzung jedes ernstgemeinten Arbeiterschuttsgesetzes.

Alle diese Anträge wurden natürlich abgelehnt, denn die bürgerlichen Parteien haben sich gleichsam verschworen, der sozialdemokratischen Partei unter keinen Umständen den Kugeln zu lassen, irgend ein gutes Gesetz geschaffen zu haben, das gestattet ihnen die parteipolitische Konkurrenz nicht. Wenn es nicht mehr anders geht, wenn etwas getan werden muß, dann greifen die bürgerlichen Parteien, vor allem das Zentrum, die sozialdemokratischen Gedanken auf, um sie in ihrer Weise, die gewöhnlich eine Verzerrung des Originals ist, zur Tat zu machen. So ist denn auch das Gewerbevertragsgesetz revidiert und etwas verbessert worden, aber das neue Gesetz steht weit hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurück. In Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit sind 1899 die Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen gemacht und im Jahre 1902 zum Teil wiederholt

worden, heute stehen wir aber noch genau auf dem gleichen Plage wie im Jahre 1898.

Von weiteren Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion seien noch erwähnt: Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern, Verbot der gewerbsmäßigen Beschäftigung von Kindern im Alter von unter vierzehn Jahren, Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, Verbot der Fabrikation von Phosphorzündhölzchen, Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit u. s. w. Im Zusammenhang damit seien erwähnt das vom Reichstag im März 1903 erledigte Kinderbeschutzesgesetz und das Phosphorgegesetz, das in den letzten Sitzungen des Reichstags noch seine Erledigung gefunden hat. Zu erwähnen ist auch das kleine Reichsvereinsgesetz, das das Verbindungsverbot der einzelstaatlichen Vereinsgesetze befreite.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes wurde zwar von der kompakten bürgerlichen Majorität alter Übung gemäß ebenfalls abgelehnt, aber in den Etat für 1901 zum ersten Male zwei Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und geringbezahlte Beamte eingestellt und auf Anregung von sozialdemokratischer Seite folgender Resolution zugestimmt: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei Festsetzung der Mietpreise der mit Mithilfe des Reiches errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und Amortisation des zum Bau des Hauses angewendeten Kapitals sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden und daß die Häuser späterhin keinem anderen Zwecke dienen dürfen.“ Noch sei zweiter sozialdemokratischer Interpellation Erwähnung getan. Die erste, im November 1900 gestellt, betraf die verächtigte 12000 Mark-Affaire, von der man durch den veröffentlichten Bued-Brief Kenntnis erhielt und die die Regierung als Handlanger des Scharfmacherverbandes an der Arbeit der Reaktion, am Werke der Zuchthausvorlage zeigte. Der Reichskanzler versprach gerührt, daß sich diese Korruption nicht wiederholen werde, das heißt, man wird nicht mehr um Gelder zur Bekämpfung der Arbeiterklasse bei den Schlotbaronen betteln, sondern ohne weiteres die Mittel des Reiches dazu benutzen.

Die zweite, im Januar 1902 gestellte, sozialdemokratische Interpellation betraf den durch die allgemeine Wirtschaftskrise unter den deutschen Arbeitern verursachten Notstand, unter dem viele Millionen von Arbeitern litten und der auch heute noch, wenn auch etwas gemildert, andauert. Die Regierung konnte zwar nicht den Notstand an sich bestreiten, „der sie befrüchtigt das Vorhandensein eines „außergewöhnlichen Notstandes“. 400 000 Arbeitslose, mit denen anderthalb Millionen Frauen und Kinder hungern, Millionen andere, die nur wenig Arbeit und schlechten Verdienst haben, sind in den Augen einer feudalkapitalistischen Klassenregierung nur „Schönheitsfehler“ der im übrigen vollkommen göttlichen Weltordnung. Auf denselben Standpunkt stellen sich auch die Redner der bürgerlichen Parteien, dadurch ebensoviel Unfähigkeit wie bösen Willen bekundend. Die Beratung der Interpellation wurde nach einem Jahre, im Januar 1903, fortgesetzt, und sie wird nun durch das Ende des Reichstags begraben. Der sozialdemokratische Redner hatte zur Vorwegung beziehungsweise Milderung der Krisen gefordert: zehnstündige Normalarbeitszeit mit Verkürzung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschuttsgesetze, die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung, Weiterbeschäftigung der Arbeiter durch die Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung, eventuell Arbeitszeitverkürzung, auf keinen Fall aber Entlassungen und Vermehrung der Arbeitslosen. So war ein gangbarer Weg gezeigt, der böse Wille der herrschenden Klasse lehnte aber wie immer alles ab und hatte nur gute, schöne Worte für die Millionen hungerner Proletarier.

So war es wiederum, wie seit 30 Jahren, auch in der verfloffenen fünfjährigen Legislaturperiode des Reichstags einzig die sozialdemokratische Partei, welche mit Eifer, Begeisterung, Energie und Geschick die Arbeiterinteressen verttrat, damit auch alle jene Fragen und Interessen, welche insbesondere die Gewerkschaften und ihre Aufgaben betreffen. Dadurch wird auch die Stellungnahme der Gewerkschaftler zu den bevorstehenden Reichstagswahlen bestimmt und entschieden.

Es ist ihre Pflicht als Arbeiter und Staatsbürger, durch Agitation und Stimmabgabe dazu beizutragen, daß die Partei am 16. Juni einen glänzenden Erfolg erzielt. Darum alle an die Wahlurne!



# Kollegen, gedenkt der Iserlohner Ausgesperrten! Schnelle Hilfe - doppelte Hilfe!

## Was nun?

Die in Nr. 17 veröffentlichte Jahresabrechnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1902 veranlaßt uns, diese Frage aufzuwerfen. In welcher Weise sie zu beantworten ist, wird sich aus einer kurzen Betrachtung unserer Bilanz ergeben. Gewiß ist jedes Mitglied erfreut über den Fortschritt, den der Verband im letzten Jahre trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat. Er hat an Mitgliedern gewaltig zugenommen und den hohen Anforderungen, die in finanzieller Hinsicht an ihn gestellt wurden, genügen können. Die Reineinnahme betrug gegen das Vorjahr mehr Mk. 340 676,07, dagegen sind aber auch die Ausgaben ganz bedeutend gestiegen, allein die Mehrausgabe für Reise-, Arbeitslosen-, Streik- und besondere Notfallunterstützung ist um Mk. 312 913,71 gewachsen; im einzelnen erforderten gegen das Vorjahr mehr: das Reisegeld Mk. 26 601,05, die Ortsunterstützung Mk. 54 085,05, die Streikunterstützung Mk. 222 568,92, die Unterstützung in besonderen Notfällen Mk. 96 583,69. Außerdem wurden den Ortsverwaltungen Mk. 44 157,04 mehr überwiesen, so daß durch die Mehrausgabe für diese fünf Posten die Mehreinnahme um Mk. 16 394,68 überschritten ist.

Das Unterstützungswejen unseres Verbandes hat uns über die schlimme Zeit der Krise hinweggeholfen. Wir zweifeln nicht, daß viele Verbandskollegen angesichts der gestiegenen Mitgliederzahl und der Leistungen sich nun dem süßen Wahne hingeben, daß nun alles wohl bestellt sei und es jetzt an nichts mehr fehlen könne. Manche träumen wohl gar davon, daß man „aus dem Vollen“ schöpfen könne. Wir bedauern es lebhaft, diese zufriedene Stimmung fördern zu müssen, allein die Umstände erheischen es. Wir sind nämlich mit dem finanziellen Endergebnis nicht so zufrieden und deshalb haben wir das „Was nun?“ aufgeworfen. Unser Verbandsvermögen ist nur um Mk. 24 350,43 = 3,46 Prozent gestiegen, prozentual also viel weniger als die Zunahme der Mitglieder und die Ausgaben für Unterstützungen. Unser Vermögensstand hat sich, das muß ohne Umschweife gesagt werden, verschlechtert. Nach dem Abschluß für 1901 entfiel bei Mk. 678 588,44 und 102 905 Mitgliedern pro Kopf Mk. 6,59, 1902 bei Mk. 702 938,87 und 128 842 Mitgliedern nur Mk. 5,47 Verbandsvermögen. Zum mindesten hätte unser Vermögensstand pro Mitglied auf der früheren Höhe bleiben und darnach zirka Mk. 850 000 betragen müssen.

Wir stehen aber nicht an, auszusprechen, daß wir auch diesen Vermögensstand für unseren Verband für ungenügend halten würden. Deshalb erachten wir es als die erste Aufgabe der nächsten Generalversammlung, Beschlüsse zu fassen, die die baldige Ansammlung eines genügenden Reservefonds garantieren. Wenn wir nicht die „Politik der verpassten Gelegenheiten“ wie früher wieder treiben sollen, dann muß das Erforderliche auf dieser Generalversammlung in die Wege geleitet werden. Es gilt endlich einmal den toten Punkt zu überwinden. Der Zustand muß aufhören, daß wir die Einnahmen fast immer vollständig zu den laufenden Bedürfnissen aufbrauchen. Es kommt dies lediglich daher, weil bisher stets ängstlich nur dahin kalkuliert wurde, ob denn auch bei einer Beitragserhöhung die Leistungen durch den Verband unmittelbar ein vollständiges Äquivalent darbieten. Dieser Standpunkt muß endlich verlassen werden. Bei der Größe unserer Mitgliederzahl sollten wir jetzt mindestens ein Vermögen nach Millionen statt nach Hunderttausenden besitzen. Dann könnten wir allen Eventualitäten ruhiger entgegengehen.

Das Fazit aus unserem Rechnungsabluß für 1902 ist, daß die Vorschläge, die von verschiedenen Kollegen in der Diskussion über die Vorstandsvorlage gemacht wurden, mit den jetzigen Beiträgen nicht ausgeführt werden können. Von einem Ausbau des Unterstützungswejes kann da keine Rede sein, auch nicht bei einer geringen Erhöhung der Beiträge. Man rechne ja nicht etwa damit, daß bei günstiger Konjunktur weniger Unterstützungen beantragt würden. Bei der Reise- und Notfallunterstützung ist das von vornherein nicht zu erwarten. Bei der Arbeitslosenunterstützung wird die Abnahme nicht in dem Maße eintreten, wie man allgemein anzunehmen geneigt ist, denn es muß damit gerechnet werden, daß der Kreis der Bezugsberechtigten von Jahr zu Jahr prozentual ein größerer wird. Im Jahre 1902 waren 75 876 Mitglieder (= 59,9 %) über ein Jahr im Verband und deshalb, soweit sie nicht wegen schon früher bezogener Unterstützung eine neue Karenzzeit durchzumachen hatten, bezugsberechtigt. Bei der nach und nach zunehmenden Stabilität im Mitgliederstand erhöht sich die Zahl der Bezugsberechtigten. Das ist ja auch eines der Ziele, die wir mit den Unterstützungen erreichen wollen. Zu sad für sich aber halten wir es für verfehlt, eine günstigere Konjunktur für die nächste Zeit jetzt schon in Rechnung zu stellen. Wer möchte auf eine so fragwürdige Grundlage seine Entschlüsse über die Einrichtung unserer Verbandsinstitutionen aufbauen?

Aber gesetzt den Fall, wir erleben eine Hochkonjunktur, wie lange wird diese dann dauern? Und wird nicht gerade eine günstigere Konjunktur unsere Kräfte erst recht in Anspruch nehmen? Gerade weil das sicher ist, müssen wir uns beizeiten darauf einrichten. Die Streikunterstützung erforderte schon 1902 eine hohe Summe, mehr als das Doppelte des Vorjahres, sie stieg um mehr als die anderen Unterstützungen zusammen, obwohl nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Orten sie in Anspruch nahm. In diesem Jahre wird für diesen Unterstützungsweje bedeutend mehr angewendet werden müssen. Und bei einer steigenden Konjunktur werden die Ausgaben in dieser Richtung noch mehr answellen. Es ist ja ganz natürlich, daß die Kollegen in den nächsten Jahren das, was in der Krise verloren ging, wieder zurückzubekommen wollen. Ist nur jemand unter uns der naiven Meinung,

daß dies ohne erhöhte Opfer oder gar friedlich ablaufen wird? Wer die jetzt da und dort auslodernben Flammenzeichen richtig zu deuten versteht, der weiß, daß wir uns auf noch hartnäckigeren Widerstand, auf noch frivoleren Angriffe der Unternehmer gefaßt zu machen haben. Wir sind und werden ja bestrebt sein, den friedlichen Weg zu gehen, aber bei aller friedlichen Gesinnung wird uns der Kampf doch förmlich aufgezwungen werden. Das Beispiel in Iserlohn allein ist und muß uns ein Zeichen sein, wie wir unsere Kampfmittel vervollständigen und unsere Taktik einzurichten haben.

Was nun? Eine Beitragserhöhung ist unerlässlich, auch wenn die Vorstandsvorlage abgelehnt wird und die bisherigen Unterstützungen in keiner Weise erweitert werden! Der Vorstand bezweckt mit seiner Vorlage eine Finanz-, Verwaltungs- und Unterstützungsreform. Er hat sein Projekt so ausführlich begründet und nachhaltig verteidigt, daß wir eigentlich kein Wort mehr hinzuzusetzen brauchen. Nur das eine wollen wir hervorheben, daß das Vorstandsvorprojekt, da für den Krankengeldbezug eine einjährige Karenzzeit vorgesehen ist, die Ansammlung eines ziemlich bedeutenden Reservefonds, zirka 1 Million, ermöglicht. Lehnt die Generalversammlung das Vorstandsvorprojekt ab, so wird sie — von der Ansammlung eines Reservefonds ganz abgesehen — eine Beitragserhöhung beschließen müssen schon in Rücksicht auf die sicher eintretende höhere Inanspruchnahme des Verbandes durch Streiks und Aussperrungen. Sollen auch noch die bisherigen Unterstützungen erweitert werden, so wird es nicht zu umgehen sein, den Beitrag auf mindestens 50 Pf. festzusetzen. Mit einer geringen Erhöhung ist auf keinem Gebiete etwas Ordentliches anzufangen, es würde nur Geringes gebessert werden können, die Hauptaufgabe des Verbandes könnte nicht nachhaltig genug betont werden. Es ist daher besser, gleich jetzt einen entscheidenden Schritt zu tun und sich nicht wieder von den Ereignissen überholen zu lassen. Wir haben mit der früheren Hinausschiebung der Beitragserhöhung und der verspäteten Einführung der Arbeitslosenunterstützung Fehler begangen, die heute allgemein eingesehen werden. Machen wir uns also nicht wieder eines Unterlassungsfehlers schuldig, der sich bitter rächen würde.

## Berichtigung.

In dem Artikel „Eine Heerschau“ in Nr. 17 ist in einem Teile der Auflage die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung pro 1902 zu niedrig angegeben. Wir wiederholen daher den betreffenden Teil des Artikels mit den richtigen Ziffern und ersuchen um Vornahme der Korrektur:

	1901 Mk.	1902 Mk.
Reisegeld	135 226,21	108 625,19
Arbeitslosenunterstützung	386 034,12	511 949,07
Streikunterstützung	419 750,01	197 181,09
Besondere Postfälle	66 344,27	56 685,58
Zusammen	987 354,64	674 440,93

Die Ausgaben für diese vier Unterstützungsarten allein betragen gegen 1901 ein Mehr von Mk. 312 913,71. Mit der Summe von Mk. 987 354,64 sind jedoch die Leistungen

## Zum Kampf in Iserlohn.

Die Scharfmacherpresse fährt fort, die Aussperrung in Iserlohn auf das Schuldkonto der Arbeiter zu setzen, die unerfüllbare Forderungen aufgestellt hätten. Nur Böswilligkeit kann, wie die Dinge liegen, derartige Behauptungen aufstellen. Wenn die Arbeitgeberzeitung, die bekämtlich über die Arbeiterbewegung Erfindungen eigener Fabrikats verbreitet, bei diesem Tun voranschreitet, so wundert sich darüber niemand mehr. Auch die Deutsche Industriezeitung behauptet, daß die „sozialdemokratischen Hezer eine durch den Bürgermeister eingeleitete Verständigung verhindert hätten“. Einer Widerlegung dieser Behauptung bedarf es nach den über die Differenzen veröffentlichten Aktenstücken nicht mehr. Danach steht fest, daß die Unternehmer den Kampf absichtlich heraufbeschworen haben, daß sie allein alle Schuld an dem Unglück haben, welches diese Aussperrung für die Mehrzahl der Iserlohner Bevölkerung bedeutet. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Arbeiter durch die Forderung auf Einstellung des 31. Arbeiters im Unrecht gewesen wären, würde die Aussperrung von 4000 Arbeitern eine hartherzige Maßregel bleiben. Im Fabrikantenverein ist die Frage der Aussperrung auch nicht so glatt entschieden worden, wie es den Anschein haben könnte. In der betreffenden Versammlung waren 60 Firmen vertreten. Davon stimmten 32 für, 28 gegen die Aussperrung. Wahrscheinlich waren es die weniger kapitalkräftigen Unternehmer, die von einem Kampf bis zum äußersten nichts wissen wollten, weil sie einsehen, daß sie selbst unter der grausamen Maßregel zu leiden hätten. Wer die Iserlohner Industrie kennt, der wird das begreiflich finden. Diese Industrie arbeitet viel für den Export, ihre Erzeugnisse sind Bronzegeschworen (Rührschläge, Drücker, Möbelbeschläge), Weisknetallwaren (Nippelchen, Hiltornahmen), Nadelwaren z. z. Die schlaunen Mächer haben die Kleinen nun ins Garn gelockt; wenn diesen heuchlerisch versprochen wird, daß, wenn sie in finanzielle Schwierigkeiten kommen, sie gestützt werden, so wird das für sie ein magerer Trost sein in Anbetracht der Tatsache, daß ihnen die Knadschaft zum Teil verloren geht.

Das ganze wirtschaftliche Leben Iserlohns basiert auf der Metallindustrie; eine Brotlosmachung so vieler Arbeiter übt auf die übrigen Gewerbe sofort schlimme Wirkungen aus. Die davon betroffenen Kreise versuchen deshalb, nachdem die Fabrikanten den vor dem Bürgermeister abgeschlossenen Vergleich nicht anerkannt, auf anderem Wege eine Verständigung herbeizuführen. Die Bürgerchaft hielt eine Versammlung ab und beschloß eine Eingabe an den Regierungspräsidenten. Diese Eingabe lautet:

„Die heute abend versammelten Geschäftsleute Iserlohns ersuchen den Regierungspräsidenten, da die Bemühungen des Bürgermeisters Frische ohne Erfolg geblieben sind, auch ein eingesehtes Einigungsamt den ausgebrochenen Streit nicht schlichten konnte, dahin zu wirken, daß eine Einigung der streitenden Parteien herbeigeführt wird. Der Ausbruch einer Generalausperrung ist bestimmt zu Ostern zu erwarten, wodurch die ganze Geschäftswelt unter anderem auf jahrelang in Mitleidenschaft gezogen werden dürfte und in ihrer Existenz bedroht ist. Wir hoffen daher mit Zuversicht, daß unserem Ersuchen Folge gegeben und eine Beilegung der schwebenden Differenzen herbeigeführt wird. Der Bürgermeister wurde gebeten, die Entsendung eines Kommissars seitens der kgl. Regierung nachzujuchen.“

Die Versammlung fand anfangs April statt. Die Regierung zu Arnberg ließ sich Zeit mit ihrer Antwort. Erst unterm 22. April wird aus Iserlohn berichtet, daß die Antwort der Regierung eingelaufen sei und folgenden Wortlaut habe:

„Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Wiederaufnahme der bedauerlicherweise gescheiterten Einigungsversuche keine Aussicht auf Erfolg bietet. Weder die Arbeiterschaft noch die Arbeitgeber haben einen dahingehenden Wunsch zu erkennen gegeben, ebenso fehlt nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen eine Grundlage für Anbahnung eines Vergleiches. Zu meinem Bedauern bin ich daher zur Zeit nicht in der Lage, Ihrem Antrag weitere Folge zu geben.“

Wir sind bisher von der Bürokratie in Deutschland sicher nicht verwöhnt worden in Bezug auf Verständnis für die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, aber die Weisheit der Arnberger Regierung läßt doch alles bisher Dagewesene hinter sich zurück. Wo, bei wem hat die Regierung Ermittlungen angestellt? Wahrscheinlich beim Fabrikantenverein. Hätte man die Arbeiter befragt, so würde man erfahren haben, daß sie zu weiteren Verhandlungen jederzeit bereit sind. Die Antwort zeigt zum mindesten die gängliche Hilflosigkeit der Regierung. Eine Grundlage für Anbahnung eines Vergleiches soll nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen fehlen. Wir meinen: wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg.

Da die Fortdauer der Aussperrung sich den Gewerbetreibenden Iserlohns immer mehr fühlbar macht, so haben sie es neuerdings wiederum versucht, Verhandlungen anzubahnen. Sie haben sich an den Fabrikantenverein und an die Gewerkschaften gewendet mit der Anfrage, ob sie nicht bereit seien, abermals in Vergleichsverhandlungen einzutreten und zwar unter einem von der kgl. Regierung zu ernennenden Kommissär. Das Arbeiterssekretariat gab folgende Antwort:

„Wir teilen Ihnen mit, daß wir stets zu Einigungsverhandlungen bereit sind. Im jetzigen Augenblick wäre auch eine Einigung bei gutem Willen möglich, da der 31. Arbeiter (Kreis), an dessen Einstellung angeblich die Einigung scheiterte, auswärts Arbeit angenommen hat. Es könnten also jetzt die Abmachungen vom 28. März wieder zum Ausgangspunkt der Verhandlungen gemacht werden.“

Die Fabrikanten- und Arbeitgebervereinigung gab durch ihren Geschäftsführer folgende Antwort:

„Auf Ihr Schreiben vom 18. cr. erwidern wir Ihnen, daß für uns keine Veranlassung vorliegt, in neue Verhandlungen einzutreten, nachdem in der letzten Generalversammlung unserer Vereinigung einstimmig beschlossen worden ist, auf weitere Verhandlungen mit der Organisation zu verzichten.“

Damit haben die Fabrikanten endlich Farbe bekant, nun kann kein Mensch mehr im Zweifel sein, wo die Friedensstörer und Verächter zu suchen sind. Bisher verschanzten sich die Unternehmer immer hinter den 31. Arbeiter, der noch eingestellt werden sollte; nachdem auch dieses Hindernis beseitigt, fällt die Hülle vollends und die Brutalität tritt nackt zu Tage. Der Kampf gilt also, was die Herren ablegeneten, den Arbeiterorganisationen! Dies wird auch bestätigt durch eine Auslassung in der letzten Nummer der Deutschen Industriezeitung, worin gesagt wird:

„Nachdem der Zustand im niederländischen Bergwerks-gewerbe sein Ende gefunden hat, steht Deutschland unter dem Zeichen der Aussperrungen. Die Arbeitgeber sind durch die immer maßloser werdenden Forderungen der Arbeitnehmer zu dieser Maßregel gezwungen. Die Aussperrung von 6000 Arbeitern in Iserlohn ist am 11. dieses Monats vollzogen, ebenso ist die Aussperrung in Birmaßens zur Tat geworden. Dagegen ist die Aussperrung in der rheinischen Textilindustrie im letzten Augenblick infolge der Anerkennung der Forderungen der Arbeitgeber abgemindert und damit ein unermeßlicher Schaden verhütet worden. Es bleibt abzuwarten, welche Wirkung die Aussperrung in Iserlohn und Birmaßens zeitigen wird. In allen diesen Fällen handelt es sich darum, ob die Unternehmer gezwungen werden sollen, auf die selbständige Auswahl ihrer Arbeiter und auf ihr Kündigungsrecht zu verzichten und die sozialdemokratischen Hezer mitten unter ihrer Arbeiterschaft zu dulden. In diesem Kampfe dürfen sich die Unternehmer gegenseitig nicht im Stiche lassen. Große allgemeine Interessen stehen auf dem Spiele. Handelt es sich doch bei den jetzigen Kämpfen darum, daß die Arbeitgeber sich auf anderem Wege als durch die jetzt von ihnen angewandten Mittel der Tyrannei der Sozialdemokratie nicht entziehen konnten. So stehen denn auch weite bürgerliche Kreise, bei allem Mitleid mit den verführten und nun brotlos gewordenen Arbeitern, den Kämpfern gegen die Sozialdemokratie mit ihren Sympathien zur Seite.“

In dieser Auslassung des rheinischen Organs feiert die Brutalität noch einen Sieg über die Verlogenheit, mit der über die Forderungen der Arbeiter die öffentliche Meinung irre zu führen gesucht wird. Also Kampf wollen die Unternehmer haben. Kampf um jeden Preis! Die Arbeiter



kennen nun die Gesinnung und die Absichten des Unternehmers. Offenlich überlegen sie den Satz von der gegenseitigen Unterstützung der Unternehmer dahin:

In diesem Kampfe dürfen sich die Arbeiter gegenseitig nicht im Stiche lassen! Sie müssen einander beistehen mit Rat und Tat! Jeder muß der Organisation beitreten! Für die Ausgesperrten muß jeder sein Scherflein regelmäßig beitragen! Wir müssen uns rüsten zum Kriege, damit wir dem Übermut der Unternehmer jederzeit wirksam entgegen treten können.

Wenn die Arbeiter ihre Pflicht begreifen, dann wird das Unternehmertum, indem es Wind fäet, Sturm ernten. Trilgen nicht alle Anzeichen, so erwachen auch schon die Geister an Orten, wo bisher alles in Dumpsheit dahinlebte. In Hagen, dem Wahlkreis Eugen Richters, dessen „freisinnige“ Gesinnungsgenossen in Iserlohn die Ausperrung inszenierten, fanden dieser Tage drei Metallarbeiterversammlungen statt, die zum Erdrücken voll waren. Die versammelten Arbeiter verfolgten, wie uns berichtet wird, die Ausführungen unseres Kollegen Spiegel mit dem lebhaftesten Interesse und spendeten ihm demonstrierenden Beifall. Viele Aufnahmen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband wurden vollzogen. Die Saat der Unternehmer wird also für die Organisation tausendfältige Früchte bringen, wenn wir die Situation klug auszunutzen verstehen.

### Unentgeltlichkeit der Arbeitsnachweise.

Das Bestreben der paritätischen Arbeitsnachweise ist von jeher darauf gerichtet gewesen, den privaten gegen Bezahlung arbeitenden Stellenvermittlungsbureaus Konkurrenz zu machen und das Augenmerk des Publikums auf die unentgeltlich arbeitenden Nachweise hinzulenken. Da und dort ist dies auch gelungen, aber das gute Prosperieren der privaten Bureaus in den meisten Orten zeigt, daß trotz der Anstrengungen der öffentlichen Nachweise und trotz der Hilfsmittel, welche ihnen zu Gebote stehen, noch viel zu tun und zu wünschen übrig bleibt.

Nach den Erfahrungen der Arbeitsnachweise liegt dies hauptsächlich, so unglücklich dies klingt, daran, daß sie eben unentgeltlich arbeiten. In weiten Schichten der Bevölkerung ist die Annahme tief eingewurzelt, daß das, was nichts kostet, auch nichts wert sein könne — was ja im gewöhnlichen Leben auch zutrifft —, und so sehen wir viele Arbeiter sowie Arbeiterinnen und weibliche Diensthöten bei einem Privatstellenvermittlungsbureau oft hohe Gebühren für eine Stelle bezahlen, einzig in der Meinung, daß dieselbe besser sei, weil dafür bezahlt wurde, was in den meisten Fällen ja nicht zutrifft. Dieselbe Stelle hätten die Betreffenden natürlich beim kostenlosen Arbeitsnachweis umsonst haben können, da die Arbeitgeber, um rasch Arbeitskräfte zu erhalten, ihre offenen Stellen meist bei verschiedenen Bureaus anmelden und dabei den kostenlosen Nachweis natürlich nicht vergessen. Von seiten sämtlicher hierüber befragten Arbeitsnachweise wird diese Tatsache bestätigt. Der Arbeitsnachweis Stuttgart zum Beispiel berichtet, daß seit der Einführung einer Hinterlegungsgebühr bei der weiblichen Abteilung, welche beim Zurückbringen der Anweisungskarte wieder retourenbezahlt wird, die Diensthöten das Amt vielfach in Anspruch nehmen in der irrigen Annahme, daß eine Gebühr bezahlt werden müsse; der hinterlegte Betrag wird in vielen Fällen auch nicht mehr abgeholt, trotzdem stets gesagt wird, daß er wieder retourengegeben werde.

Diese charakteristische Eigenschaft erstreckt sich jedoch in demselben Maße auch auf die Arbeitgeber. Auch bei diesen ist das Mißtrauen gegen den kostenlos arbeitenden Nachweis groß und die Meinung sehr verbreitet, daß hauptsächlich tüchtige Arbeiter ohne Bezahlung von Gebühren nicht zu haben seien. Immer mehr sollten daher von uns aus, wenigstens an denjenigen Orten, an welchen keine Facharbeitsnachweise von uns bestehen und wir die paritätischen Nachweise unterstützen, dieselben auch tatsächlich benützt und die Vorteile, welche sie bieten, ausgenützt werden.

Zunächst kommt hier, in Süddeutschland wenigstens, die Fahrpreisermäßigung in Betracht, welche außer in Württemberg, Baden und Bayern jetzt auch in Elsaß-Lothringen und Luxemburg bei Vermittlung einer auswärtigen Stelle gewährt wird und deren Benützung nach den Berichten der Arbeitsnachweise nicht in dem Maße erfolgt, wie es in Anbetracht des oft bedeutenden Preisunterschieds bei größeren Entfernungen für die Arbeiter erwünscht wäre. Ferner sollte dem Verbindungsdienst der Arbeitsnachweise untereinander mehr Beachtung geschenkt werden, indem sich dieselben auf Ersuchen kostenlos mit den Nachweisen, wo etwa Arbeiter gesucht sind, ins Benehmen setzen, wodurch dem Arbeiter unnötige Ausgaben an Zeit und Geld erspart werden. Der Vorkaufsaustausch der Arbeitsnachweise untereinander ermöglicht hauptsächlich den reisenden Kollegen einen Überblick über die Lage an anderen Orten und schützt sie vor ziellosen Reiserouten. Wenn von seiten unserer Kollegen den kostenlosen Arbeitsnachweisen in dieser Richtung hin mehr Beachtung geschenkt wird, so werden hoffentlich die Klagen der Nachweise über „Mangel an Einsicht bei den Arbeitern“ verstummen und beide Teile befriedigende Resultate erzielen.

M. R.

### Belgischer Brief.

Brüssel, Ende März.

Endlich, nachdem die Arbeiter Belgiens jahrelang um ein Unfallversicherungsgesetz petitioniert und manifestiert haben, kommt die Regierung mit einem Entwurf. In einem anderen Lande, auch wenn es noch keine so alte und hochentwickelte Industrie wie Belgien aufweist, hätte das späte Befinnen auf gesetzliche Regelung dieser Materie der Regierung nur Spottlieder mit dem Refrain des Krähwinkler Landsturmes eingebracht und würde nur als sozialpolitische Rückständigkeit und Pflichtvergessenheit des Gesetzgebers gedeutet werden. Nicht so in Belgien.

Nach vier Jahren wurde dem ersten belgischen Arbeitsminister, Ryffens, weil er es wagte, sozialpolitische Lastversuche an-

zustellen, von seinen Merkmalen Parteifreunden und Regierungskollegen der Ministertafel entzogen, und heute gilt das mehr als jämmerliche Projekt der Regierung als Beweis der Arbeiterfürsorge und der sozialpolitischen Weisheit unserer Staatsmänner und wird als ein gewaltiger Fortschritt gefeiert. Sehen wir zu, wie es mit diesem Fortschritt und der Arbeiterfürsorge bestellt ist.

Bis dato hatte im allgemeinen das Opfer eines Betriebsunfalls keinen rechtlichen Anspruch auf Entschädigung. Nur dann, wenn nachgewiesen werden konnte, daß der Unfall durch Nachlässigkeit des Fabrikanten entstanden, war der letztere zivilrechtlich haftbar. Zerquetschte sich beispielsweise ein Arbeiter die Hand in der Bohrmaschine oder slog ihm von der Schmirgelsteine ein Pulver ins Auge, weil kein Schutzhittel oder Blech angebracht, so war die Forderung des Beweises von der Schuld des Unternehmers leicht. Aber in den meisten Fällen glückte die Beweisführung nicht. Da aber das Beschreiten des Klagewegs jedem Opfer offen stand und die Möglichkeit, vor den Rabi zitiert und zu ganzer Erhebung des Schadens verurteilt zu werden, dem Unternehmer fortwährend drohte, war er gezwungen, die Gesundheit und das Leben des Arbeiters durch Schutzvorrichtungen, gute Beleuchtung etc. zu schützen. Das Damoklesschwert der Verurteilung machte auch dem rückständigsten Unternehmer Beine und zwang ihn noch obendrein, die Arbeiter auf eigene Kosten in einer privaten Anstalt zu versichern.

Dann gründeten auch die Arbeiter selbst Versicherungskassen, und zuguterletzt kam auch der offizielle Gaul mit einer „Nationalen Kasse“ angewackelt, in der sich jeder gegen Unfall versichern konnte. So war es im Laufe der Zeit dahin gekommen, daß, obwohl dem Rechte nach im allgemeinen keine Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden konnten, tatsächlich die große Zahl der Betriebsunfällen unterstützt wurden. Diejenigen, welche leer ausgingen, waren, besonders in der Industrie, selten.

Nun erschien die Regierung mit ihrem Entwurf. Derselbe erstreckt sich auf alle Betriebe mit Maschinenkraft und verspricht für alle Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr denn vierzehn Tagen nach sich ziehen, eine Entschädigung von 50 Prozent des Verdienstentganges. Im Todesfall soll an die Hinterbliebenen des Verunglückten eine Rente nach Maßgabe dessen Wertes beziehungsweise Alters im Moment des Unfalls gezahlt werden. Die Kosten der Versicherung fallen dem Unternehmer zur Last.

Diesmal haben die christlichen Gesetzgeber nicht nur eins, sondern mehrere Näher aus dem sozialpolitischen Apparat gelassen. Da fehlt vor allem der Versicherungszwang; es ist dem Unternehmer freigestellt, die Arbeiter zu versichern oder nicht. Wenn es auch wahrscheinlich ist, daß das Groß einer Versicherungskasse beiträgt und dieser die Zahlung der Entschädigung und den Rechtsstreit um das Maß des Verdienstentganges, auf deutsch die Rentenquerschei, überläßt, so wird aber auch noch eine erhebliche Anzahl bleiben, die dieses nicht tut, um die Beiträge zu sparen. Die letzteren müßten dann für den in ihrem Betrieb Verletzten ein der Entschädigungssumme gleichkommendes Kapital bei bestimmten Kassen hinterlegen, aber dies erst dann, wenn der Rechtsanspruch des Verletzten unumwiderrücklich festgestellt ist. Über die Dame Justitia geht bekanntlich sehr langsam. Vom Moment des Unfalls bis zur Verkündung der Sentenz der letzten Instanz hat der ein ungünstiges Urteil erwartende Unternehmer Zeit und Gelegenheit genug, Vorbereitungen zu treffen, daß auch der verletzte Arbeiter am eigenen Leibe die Wahrheit des Wortes erfahre: Wo nichts ist, hat der Kaiser kein Recht verloren. Weiter kann der Arbeiter trotz feierlichem Gerichtsbeschlusse noch um die Rente kommen im Falle des Bankrottes u. s. w.

Weiter werden die Unfälle mit nur 50 Prozent des Verdienstentganges entschädigt und noch obendrein weder die Doktor- noch Apothekerkosten ersetzt und auch keine Schmerzensgelder geleistet. Aber diese Mängel verschwinden fast in Vergleich zu der Aufhebung der Haftbarkeit des Unternehmers. Dies ist in der Tat der gefährlichste Mangel, denn dies bedeutet das Ende der Initiative, durch Schutzmaßregeln u. s. w. das Leben der Arbeiter zu schützen, die Zahl der Unfälle zu vermindern. Die Unternehmern werden dann, da sie das Damoklesschwert einer Verurteilung nicht mehr über sich wissen, anstatt Ausgaben für Vorsichtsmaßregeln zu machen, einfach nur ihre Versicherungsbeiträge — etwa 6 Fr. pro Mann und Jahr — entrichten.

Wie man sieht, versteht es die Regierung trefflich, die Interessen der Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter zu wahren. Und die letzteren werden auch noch anderweitig stark geprellt. Die Entschädigung soll nach dem letzten Jahresdurchschnittslohn berechnet werden. Ein jugendlicher Arbeiter verliert beispielsweise den rechten Arm und ist dadurch zeitweilig arbeitsunfähig. Er verdient das Jahr vor dem Unfall pro Tag 1 Fr. oder 300 Fr. pro Jahr. Er würde also 50 Prozent dieser Summe = 150 Fr. jährlich Zeit seines Lebens erhalten. Dagegen seine Alterskollegen später vielleicht 20, 25 oder 30 Fr. wöchentlich verdienen, wird er mit 3 Fr. abgepeißt werden. Solche und ähnliche Fälle ermöglicht das Projekt in Masse.

Kurz, der Entwurf gibt dem Unternehmer, indem er ihm die Schlinge der zivilrechtlichen Haftbarkeit vom Halse nimmt, wodurch er nicht mehr zur Ergreifung von Schutzmaßregeln gezwungen ist, die Gelegenheit, die Mittel hierfür sparen zu können; und der Entwurf bietet in seinem Ganzen der Arbeiterschaft nicht einmal das, was sie bisher tatsächlich hatte. Er stellt für sie kaum ein Äquivalent für die langen, mühevollen Kämpfe, die sie um das Unfallversicherungsgesetz führten.

Am den Entwurf ist in der Kammer während der letzten acht Wochen gestritten worden. Hier drehte sich der Kampf um die Einfügung des Versicherungszwanges. Die gesamte Linke war für diese Forderung und selbst einige christliche Demokraten, die von ihren Arbeiterwählern dazu engagiert waren. So drohte eine Majorität für das Obligatorium zu stande zu kommen, was die Regierung in eine fatale Lage gebracht hätte. Diese Möglichkeit war für die liberale Majorität, einschließlich der Vertreter der christlichen Arbeiter, eben jener Demokraten, Grund genug, für die Zurückweisung des Projektes an die Kommission zu stimmen. Damit war die sozialpolitische Komödie unserer Arbeiterfreundlichkeit heuchelnden Christen zu Ende. In der Kommission wird nun neuerdings über die Unfallversicherung geredet und immer geredet. Ob wohl jenes Projekt noch eine Auferstehung im Plenum der Kammer erleben wird? Wenn nicht, die Arbeiterschaft wird ihm keine Träne nachweinen.

F. R.

### Zur Generalversammlung.

So ungern es geschieht, bin ich doch gezwungen, auf den Bericht aus Lundenwalde in Nr. 16 der Metallarbeiter-Zeitung zu antworten. Ungern geschieht es einzig deswegen, weil der Raum des Blattes für wichtigere Sachen gebraucht werden dürfte, und antworten muß ich trotzdem, weil ich persönlich angegriffen bin. Zunächst habe ich zu erklären, daß ich nicht die geringste Veranlassung habe, von meiner Einsendung in Nr. 12 auch nur ein Wort zurückzunehmen. Die Versammlung in Nowawes war nicht sehr schlecht besucht, sie ist nicht „überfüllt“ worden, und ebenso entspricht alles, was ich sonst geschrieben, streng der Wahrheit. Wenn auf der Konferenz in Berlin ein falscher Bericht über die Nowaweser Versammlung gegeben worden ist, so trifft natürlich nicht den Berichterstatter in Nr. 11 die Schuld, sondern den, der den falschen Bericht von Nowawes auf der Konferenz erstattet hat. Ich halte auch das

aufrecht, daß es (natürlich nach meinem subjektivem Empfinden) ein Unflut ist, von einer hypnotisierenden Wirkung meines Vortrages zu sprechen, und ebenso, daß es „Bestreben erregt“, wenn jemand Bestürzung des Krankenzuschusses ist. Wenn wir die hypnotischen „Scherze“ fortsetzen wollen, so kommt es am Ende dahin, daß irgend ein „Noth“ als Blumenmedium der Generalversammlung das ganze Bouquet der Unterstützungsanstalten als „angenommen“ präsentiert!

Der Bericht in Nr. 16 enthält neue Unrichtigkeiten in Bezug auf die Nowaweser Versammlung. Mein Vortrag hat zirka 1 1/2 Stunden gedauert, und schneller geht das Material eben nicht zu erledigen. Nach dem Vortrag ist drei- oder viermal aufgefordert worden, zu diskutieren, niemand von den „Begnenn“ hat sich gemeldet. Tatsache bleibt aber auf der anderen Seite, daß die Konferenz in Berlin dem zu wählenden Delegierten ein gebundenes Mandat erteilt hat. Am 19. März war ich in Lundenwalde, das stimmt. Die Kollegen wissen jedoch ganz genau, daß wir dort nur Besprechungen mit gemahregelten Kollegen und Erhebung von Differenzen gehabt haben, daß die Sachen sich schnell und glatt abwickelten und ich ausdrücklich gewünscht hatte, noch abends abzureisen, weil ich meine Mittelehr nach Stettin dringend nötig machte. Ich bin dann mit „einem Bestürzter“ nach der Bahn gegangen, habe mich auf dem Wege und im Wartesaal einige Minuten mit ihm unterhalten, dabei natürlich auch erwähnt, daß ich eine Einsendung, die Konferenz betreffend, an die Metallarbeiter-Zeitung gesandt habe. Nach 8 Uhr begannen die Sitzungen und 9 Uhr 41 Min. sah ich schon wieder im Eisenbahnwagen. Wer mich kennt, weiß, daß ich aus meiner Meinung kein Hehl mache, ganz gleich, ob ich damit irgendwo anstoße oder nicht. Weder irgend eine Ortsverwaltung noch etwa der Vorstand oder sonst eine Instanz wird mich der Zurückhaltung zeihen. Daß es die Kollegen aus Lundenwalde tun, kann ich mir nur daraus erklären, daß — na, daß sie nichts Besseres zu tun haben. Ich hatte am 19. März mehr zu tun und lege der ganzen Sache überhaupt nur den Wert bei, den ich in meiner Einsendung in Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung an die Spitze gesetzt habe. Die Sache kennzeichnet die Kampfesweise und unverbesserliche Voreingenommenheit einiger Gegner des Krankenzuschusses und nebenbei noch den Wert der „Konferenzen“, den ich auf der Stettiner Bezirkskonferenz freilich noch überschätzt habe!

S. Rohrlach.

Berlin. Zu dem Bericht in Nr. 15 über die am 22. März abgehaltene Versammlung ist, obwohl die angenommenen Anträge in Nr. 14 veröffentlicht sind, doch noch ein Nachtrag erforderlich. Zu § 18 Absatz 2 wurde eine Resolution Lubatsch einstimmig angenommen, die lautet: „Die heutige Generalversammlung empfiehlt ihren Delegierten, auf dem diesjährigen Verbandstag mit aller Kraft dafür einzutreten, daß das Bestätigungsrecht des Hauptvorstandes aus dem Statut entfernt wird.“ Ein Antrag, zu den Generalversammlungen nur solchen Mitgliedern den Zutritt zu gewähren, die mindestens 26 Wochen der Organisation angehören, wurde nach kurzer Debatte fast einstimmig abgelehnt. Die Begründung des Antrags Lubatsch zu Absatz 7 des § 8 (siehe Nr. 14), daß vom Militär Entlassene bei jeder beliebigen Verwaltungsstelle Ortsunterstützung beziehen können, soweit sie nach dem Statut berechtigt sind, stützte sich auf Unzutrefflichkeiten, die sich betreffen der vom Militär entlassenen Mitglieder bei der bisherigen Fassung des § 8 ergeben haben. Zum Schluß erklärte die Versammlung, daß ungeachtet der im Zirkus Schumann gefaßten Resolution, die sich für strikte Ablehnung der Krankenunterstützung aussprach, die Delegierten kein gebundenes Mandat erhalten sollen.

Kassel. Die am 22. März abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit der Vorlage des Vorstandes betreffend Einführung der Krankenunterstützung. Kollege Ehrler-Frankfurt war hierzu als Referent, Kollege Bawlowitsch-Berlin als Korreferent anwesend. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Einführung eines Krankenzuschusses ausspricht. Der Delegierte soll für den Ausbau der übrigen Unterstützungsweige: Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, Aufrechterhaltung des § 2c, sein Votum abgeben.

Solingen. In der letzten Mitgliederversammlung beschäftigte man sich eingehend mit der Vorlage des Vorstandes betreffend die Versicherung der Verbandsbeamten gegen Alter und Invalidität. Während ein Teil die Meinung vertrat, daß eine derartige Fürsorge darauf hinausläufe, nur die Beamten sicherzustellen, unbefürmert um die Rechte der Mitglieder, und daß entschieden dagegen Front gemacht werden müßte, neigte sich die übergroße Mehrheit der Meinung zu, daß eine Versicherung der Beamten wohl eventuell zu empfehlen sei, aber nicht in dem vom Vorstand vorgeschlagenen Rahmen. Es entspräche auch durchaus nicht den Interessen des Verbandes wie dem der Beamten selbst, wenn der Vorstand mit seiner Ansicht durchbringe. Vor allen Dingen müßte man die Stellung des Vorstandes mit der der übrigen Verbandsbeamten in Verbindung bringen, und da gehe man wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß Statut sei ganz darauf zugeschnitten, daß die unteren Verbandsbeamten in Zukunft noch mehr als bisher sich nach oben wenden richten müssen. Die Fassung des Statuts sei unbedingt in dieser Form zu verwerfen. Sehr verführerisch klingt auch der Vorschlag, daß durch Zuwendungen der Fonds für diesen Zweck gehoben werden soll. Die Aufwerfung dieser Frage allein gäbe zu bedenken, daß es doch nur wieder die Mittel des Verbandes seien, die als Zuwendungen gedacht würden. Dann aber auch sei diese Versicherung deshalb zu verwerfen, weil damit der Metallarbeiter-Verband jenen Boden verlasse, der gerade dazu dienen soll, die Beamten sicherzustellen. Die Verbandsbeamten mögen sich das Statut selbst genau ansehen. Die Solinger Kollegen erklärten sich nur unter Umständen für die Versicherung der Verbandsbeamten, wenn dies im Anschluß an die Unterstützungsvereinbarung in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten geschieht und der Metallarbeiter-Verband seine Beiträge hierzu bezahlt im prozentualen Verhältnis wie vorgeschlagen. Die Solinger Kollegen ersuchen eventuell um Urabstimmung, wenn die Vorlage des Vorstandes zur Geltung kommen soll.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Bitterfeld die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags von 20 Pf. pro Mitglied für die Dauer der Aussperrung in Iserlohn.

Der Verwaltungsstelle in Schöningen die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied auf die Dauer eines halben Jahres.

Der Verwaltungsstelle in Tönning die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

Der Verwaltungsstelle in Zweibrücken eine wöchentliche Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied.

Seitens der Zentralkommission für Bauarbeiterchutz ist unter dem Titel „Anleitungsbuch für Bauarbeiterchutz“ eine Schrift herausgegeben worden, die durch den Vorstand gegen 50 Pf. portofrei bezogen werden kann. Die Schrift ist 140 Seiten stark, im Oktavformat und handlichem Einband gehalten und besonders für auf Bauten beschäftigte Arbeiter ein sehr nützliches Nachschlagebuch, so daß wir die Anschaffung unserer Kollegen dringend empfehlen können. Einziges Bestellungen — auch von Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten — ist der Geldbetrag gleich beizufügen, andernfalls nicht expediert wird.

\* Wegen Raumangel verspätet. H. B.



Ebenso erscheint demnach im Verlage der Zentralkommission das Protokoll des 2. Kongresses für Bauarbeiterschut. Damit die Zentralkommission die Aufgabe des selben bestimmen kann, ist es notwendig, die Bestellungen möglichst umgehend zu machen. Der Bezugspreis für das Protokoll beträgt für die Organisationskommissionen: brochiert 20, gebunden 60 Pfennig per Stück. Der Einzelpreis halber sind etwaige Bestellungen direkt an die Adresse der Zentralkommission zu richten, wo sich der Vorstand auf die Expedition der Protokolle jezt unmöglich einlassen kann. Die Adresse ist: G. Heine, Hamburg, Brennerstraße 11, II.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 8 Absatz 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Burg: der Klempner Emil Krab, geboren am 8. Mai 1860 zu Burg, Buch-Nr. 304231, der Klempner Gustav Rundrweid, geboren am 19. Mai 1865 zu Ribel, Buch-Nr. 447882, beide wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schönungen: der Kesselschmied Friedrich Schrader, geb. am 11. Dezember 1878 zu Döherleben, Buch-Nr. 623089, wegen Streikbruch.

Weber aufgenommen wird auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altona der Schlosser Otto Rausch aus Burgstall.

Wegen fe betreffender Anträge auf Ausschluss bzw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluss begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:

dem Formner Wilhelm Bünning, geb. am 28. Januar 1874 zu Anklam, Buch-Nr. 498148, Unterschlagung von Verbandsgebern der Verwaltungsstelle Friedland i. M.;

dem Hilfsarbeiter Philipp Semmelmann, geb. zu Donaukau am 7. Haupt-Nr. 407557, nach dem von der Verwaltungsstelle in Rindelheim gestellten Antrag in gewinnlicher Absicht oorgennommene Fälschungen.

dem Schlosser Friedrich Steinlapp, geb. am 10. März 1873 zu Gadderbaum, Buch-Nr. 175051, nach dem von der Verwaltungsstelle Dortmund gestellten Antrag Unterschlagung von Verbandsgebern;

dem Schlosser Hermann Raub, geb. am 2. April 1878 zu Besenfein, Buch-Nr. 498078, nach dem von den Einzelmitgliedern in Leipzig gestellten Antrag Fälschung des Mitgliedsbuches betreffend.

Selbwart wird seitens der Einzelmitglieder in Döbeln vor dem Klempner Alfred Schlag, der unter Benützung seines alten ungültigen Mitgliedsbuches Nr. 239998 zu Verbandskollegen zu brandtschlagen sucht.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postschmitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Nachwahlen betreffend.**

In nachfolgenden Wahlabteilungen wird hiermit die Nachwahl eines Delegierten zur VI. ordentlichen Generalversammlung in Berlin angeordnet:

In der 63. Wahlabteilung (Rannstatt) auf Samstag den 3. Mai abends in der Zeit von 6 bis 10 Uhr.

Die Wahlzeit ist für Rannstatt und Feuerbach von 6 bis 10 Uhr und für Kornwestheim von 6 bis 8 Uhr abends festgesetzt. Die Adresse des Zentralkomitees ist: Wilhelm Metz in Rannstatt, Fabrikstraße 91.

In der 68. Wahlabteilung (Regensburg) auf Sonntag den 3. Mai nachmittags in der Zeit von 2 bis 5 Uhr.

Den in Frage kommenden Verwaltungsstellen sind die näheren Bestimmungen durch Zirkular bekannt gegeben worden und wird hiermit darauf verwiesen.

**Generalversammlung betreffend.**

An die Delegierten zur VI. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes richten wir das Ersuchen, in Bezug auf Wohnung und die Zeit ihres Eintreffens uns baldmöglichst Mitteilung zu geben zu lassen. Diejenigen, welche bereits vor den 31. Mai hier eintreffen gedenken, müssen dies besonders bemerken, damit wir die nötigen Vorkehrungen rechtzeitig treffen können. Um allen Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden, bitten wir um umgehende Benachrichtigung. Alle Mitteilungen zc. sind an den Unterzeichneten zu richten.

Für das Komitee: R. Pöckold, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

**Zur Beachtung.**

**Zuzug ist fernzuhalten:**

- von Drahtwebern nach St. Johann;
- von Drahtziehern nach Schalte bei Selskafischen (Beder & Co.) A.;
- von Drahtziehern nach Schleife bei Rauhheim-Baldhof (Süddeutsche Drahtindustrie);
- von Drechern nach Nachen (Stahlwarenfabrik, L.G., vormals S. Schwannemeyer) St.; nach Hadeswagen (Beise & Groß); nach Werdau i. S. (Motorenfabrik) D.;
- von Feilenhamern nach Chemnitz (H. v. Spitzer); nach Remscheid, insbesondere von Maschinenbauern, Feilenhämern und Feilenhämern (Hermann) St.;
- von Feilenhamern nach Schleife nach Feuerbach (Beise & Co., Inhaber J. Stern);
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Chr. Schmidt, Obere Reiterstraße 12; Adam Singer, Reiterstraße); Jean Rieß, Finkenstraße; Michael Rieper, Finkenstraße); nach Fürth (Edwin Spiegelberger, Königswarterstraße);
- von Formneren nach Hütten- u. Thallirichen (Zipperer) St.; von Formneren nach Eisenwerkern nach Warmen (Hauptalter Eisenhütte Dr. H. Lange); nach Blankenburg (Häbeland und Jorje a. Harz (Harzer Werke) St.; nach Chemnitz (Grafen Reigt); nach Grimmitzschau (Paul Schöne) St.; nach (Grimmitzschauer Maschinenfabrik) D.; nach Hadeswagen (Beise & Groß); nach Königsberg (Widora) M.; nach Limbach (Lanz Langer); nach Niederjelsch i. S. (Hans) D.; nach Solingen (Hoop) M.; nach Langerhütte;
- von Formneren nach Metallziehern nach Rspweiz i. S. (Rausch) D.;
- von Japankateuren nach Burg D.;
- von Klempnern nach Berlin; nach Burg (D.); nach Düsseldorf (Hoyer) St.; nach Gummerich am Rhein (Reitenhain) St.; nach Luzern (Schweig) St.; nach Mainz (Joh. Seppinger, Max Hofmann); nach Schwarzenberg i. Erzgeb. (Geddes Witwe) St.; nach Steitta;
- von Klempnern oder Schmieden nach Nierlohn; nach Stuttgart (Rein) D.; nach Urdingens D.; nach Zeitz (Eisenwerkern nach Maschinenfabrik);
- von Metallziehern zc. nach Berlin;
- von Metallschlägern nach Dresden, nach Fürth, nach Groß-Schönan und Zittau (Schmidt); nach Reichenhausen, München, Schwabach;
- von Silberziehern nach Schwabach (Humboldt) D.;
- von Schloßern nach Södenfeld (Höle) St.; nach Schwelm (Hoyer und Hoyer) St.;
- von Schlossern nach Nachen (Stahlwarenfabrik, L.G., vormals

Schwannemeyer) St.; nach Langensalza (G. Hartung) St.; nach Werdau i. S. (Motorenfabrik) D.; von Schlossbauern nach Warmen (Demuth & Pläner); nach Großsch (Stengler) M.; von Schmieden nach Hmenau (Hornberger) D.; von Werkzeugschlossern nach München-Thallirichen (Zipperer) St. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; N.: Mäbregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akford-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

**Hus den Agitationsbezirken.**

Bezirkskonferenz für die Metallarbeiter Thüringens in der „Pönnung“ in Chemnitz am 14. März.

Mit Ausnahme von ein paar kleinen Filialen waren sämtliche zu Thüringens zählende Orte vertreten. Um 9 Uhr abends eröffnete Kollege Weber-Chemnitz die Versammlung unter herzlichem Begrüßung der Delegierten. In das Bureau wurden die Kollegen Beder-Wera und Robert-Jena als Vorsitzende und Hennig-Kubalstadt als Schriftführer gewählt.

Gauleiter Leber-Jena geht in seinem Geschäftsbericht auf die Einberufung der Konferenz ein und erklärt gegenüber den Orten, die noch in den letzten Wochen die Einberufung einer Konferenz für Thüringens auch ohne Zustimmung des Vorstandes verlangten, daß diesem Wunsche nicht nachgegeben werden konnte, weil sonst jedenfalls ein unnützer Streit entstanden wäre. Er erfuhr die Kollegen, alles was notwendig ist, heute zu sagen und morgen auf der kombinierten Konferenz ihre Schuldigkeit zu tun. — Nachdem Kollege Schüler als bevollmächtigter Gauleiter in Frankfurt a. M. angestellt wurde, war der Bezirk Thüringens ohne Agitationsleitung. Durch Verständigung mit dem Vorstand wurde ihm (Kleber) die Leitung wiederum übertragen, trotzdem einzelne Orte zur Erledigung dieser Angelegenheit eine Bezirkskonferenz verlangten. — Referent geht auf die im letzten Jahre entfaltete Agitation in Thüringens ein und betont, daß, wie ja auch schon die beiden veröffentlichten Berichte in der Metallarbeiter-Zeitung nachweisen, außerordentlich viel Anforterungen an den Gauleiter gestellt wurden. In 56 Versammlungen mit zusammen 69 Arbeitstagen wurde zu den verschiedenen Fragen Stellung genommen und die Ausbreitung des Verbandes nach Möglichkeit gefördert. Außerdem machten sich noch 17 Reisen mit zusammen 20 Arbeitstagen notwendig. Letztere hauptsächlich deshalb, weil die Unternehmer die Krise dazu ausnützten, die Lohn- und Akfordsätze herunter zu drücken. Dadurch kam es zu Differenzen und Streiks. Über das Verhalten der Kollegen in einzelnen Orten untereinander kann nur gutes berichtet werden. Nur in zwei Orten seien Streitigkeiten ausgebrochen, die aber jezt nicht mehr in Betracht kommen. Auch ist es gelungen, keine Filialen sicherzustellen und sogar Neugründungen waren möglich. So hat Mehlis wieder eine eigene Verwaltung, ebenso Sommerda, und Diederich wurde ganz neu gegründet.

In der Diskussion über den Geschäfts- und Agitationsbericht kam es zu einer lebhaften Diskussion zwischen den Kollegen Linß-Kuhl, Massatisch-Stuttgart (Vorstandsvertreter) und Leber. Linß erklärte in längeren Ausführungen, mit der Manipulation des Vorstandes bezüglich der Rührler Differenzen nicht einverstanden sein zu können. Hier mußte unbedingt energischer angepackt werden. Auch Leber zeigt den Vorstand bezüglich des Telegramms, Zustimmung zum Streik, einer Lässigkeit. Dadurch konnte, wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Trick gelungen wäre, viel Schaden entstehen. Massatisch versucht die Ausführungen des Vorredners zu entkräften, kann aber bei den Delegierten keine Gegenliebe finden.

Nachdem im Schlußwort der Referent zu weiterer kräftiger Agitation auffordert, erstattete Leber den Kassenbericht. Derselbe ergibt Einnahme: Vom Vorstand 900 M., Juchtershausen 31,55 M., Coburg 4 M., Schmilla 4,10 M., Weissenfels 5 M., Zeulenroba 30 M., Summa 974,65 M. Ausgaben: An Fahrgehalt für 17 Reisen mit zusammen 20 Tagen Arbeitszeit 254,95 M., für 56 Versammlungen mit zusammen 69 Tagen Arbeitszeit 628,55 M., für Agitation an Lohn-Schl. 13 M., Porto für 363 Postkarten 28,57 M., Papier zc. 2,50 M., Summa 927,57 M. Bestand 47,08 M. Diese Abrechnung wurde von den Kollegen Bontia und Hädrich-Jena geprüft und für richtig befunden und dem Kollegen Leber einstimmig Entlastung erteilt.

Den dritten Punkt der Tagesordnung bildete die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für den Thüringer Bezirk. Sämtliche Kollegen, die hierzu das Wort ergrißen, waren der Ansicht, daß die Agitation, wie sie im letzten Jahre entfaltet werden mußte, nicht mehr im Nebenamt besorgt werden kann. Es muß dies ein Kollege besorgen, der nur dem Verband seine Kraft zur Verfügung stellt und nicht noch im Beruf arbeitet. Eine Anstellung für Thüringens und Sachsen zusammen sei auch nicht möglich, weil ein Kollege diesen großen Bezirk nicht bearbeiten kann. Leberer und Wunderliche-Landung sind noch nicht überzeugt, daß ein Gauleiter angestellt werden muß. Auch ein Kollege aus Weimar stellt sich auf diesen Standpunkt. Letzterer meint, die Metallarbeiter in Weimar hätten Anspruch genommen haben, wohingegen er früher alle Augenblicke dort hin wußte, soll hier nicht erwähnt werden, dazu bietet sich noch andere Gelegenheit. Leber konnte dieser Punkt nicht zu Ende geführt werden, weil um 12 Uhr der Überwachende Schluß der Versammlung verlangte. Vorstehender Bericht kommt verzipfelt, weil der gewählte Schriftführer einen unbrauchbaren Bericht gemacht hat. Im Anschluß hieran geben wir den Thüringer Kollegen noch bekannt, daß vor der Generalversammlung die Anstellung eines Gauleiters nicht erledigt werden kann. Bis dahin ersuchen wir, alle Vorkommnisse in den einzelnen Verwaltungen Thüringens, seien es Versammlungen, Differenzen oder andere Angelegenheiten, nach wie vor an den Unterzeichneten melden zu wollen. S. Leber.

**Hus den einzelnen Branchen.**

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Leipziger Formner sind wiederum statistische Erhebungen veranstaltet worden. Die letzte statistische Aufnahme erfolgte Mitte Januar. Das damals erzielte Resultat ist der folgenden Statistik in Klammern beigefügt. Beträgt haben sich sämtliche 17 Gießereien mit 22 Abteilungen, während bei der vorjährigen Aufnahme nur aus 14 Betrieben Material vorlag. Beschäftigt waren zur Zeit der Aufnahme 579 (513) Formner, 101 (96) Plattenformner, 40 (45) Maschinenformner, 122 (136) Zeichner, 149 (132) Keramiker und 20 Aufstapfer. Organisiert sind von den Formneren 71 Prozent; bei den übrigen Arbeitern läßt die Organisation zu wünschen übrig, doch ist auch hier eine Besserung zu erwarten. Die Krise ist der beste Agitator gewesen. Die Arbeitszeit beträgt in 8 Gießereien 10 Stunden, in 9 Gießereien 10 1/2 Stunden, in 4 Gießereien 9 Stunden und in 2 Betrieben 7 Stunden gearbeitet. Überflüssig sind in 10 Gießereien gemacht, jedoch fast nur von Hilfsarbeitern, von den Formneren mit einigen Ausnahmen nur dann, wenn das Gießen nicht praktisch beendigt ist. Sämtlichen Feierabend gibt es allerdings nur in wenigen Betrieben. Es sind Fälle zu verzeichnen, wo von den Hilfsarbeitern bis 30 Überstunden in der Woche geleistet werden, und dies zu einer Zeit, wo Löhne und Arbeitslos sind und noch mehr, irgend einen Verdienst zu haben. In fünf Gießereien werden die Lehrlinge als Hilfsarbeiter beschäftigt. Daß diese Disziplinierungen auch zur Erleichterung der Formneren notwendig sind, möchten wir beweisen, die Tatsache zeigt aber deutlich, warum die Lehrlinge nach 4 Jahre Lernen wissen. Es gibt auch noch Formner in Leipzig, die freiwillig Sonntagarbeit verrichten. In 5 Betrieben sind die Arbeiter gezwungen, Sonntag zu arbeiten. In 5 Gießereien herrscht noch Arbeitsmangel und selbst bei verlängerter Arbeitszeit konnte nicht genügend Arbeit beigesteuert werden. Nach der vorjährigen

Statistik waren die Formner in 8 Betrieben, nach der vorliegenden in 11 Gießereien voll beschäftigt. Die Löhne sind im Verhältnis zu den hohen Miets- und Lebensmittelpreisen der Großstadt als sehr niedrig zu bezeichnen. Die Statistik verzeichnet Wochenlöhne im Durchschnitt der letzten vier Monate von 10—20 Mark bei 135 Formneren; 288 Formner erreichten einen solchen von 20—25 Mark; bis 80 Mark erhielten 90 Formner und 71 Formner konnten sich rühmen einen Lohn von 80—85 Mark zu haben. Zu beachten ist hierbei, daß nur Leute in Frage kommen, die durchgängig vier Jahre gelernt haben, während bei den Platten- und Maschinenformnern, also ungelernen Arbeitern, die Löhne ebenso hoch und Löhne unter 20 Mark überhaupt nicht zu finden sind. Die Lehrlingennamen haben außerdem nicht das große Mißo zu tragen, wie die gelernten Formner, bei denen infolge des schlechten Materials oftmals ganze Wochenlöhne für Ausschub abgezogen werden. Ausschub, an dem der Formner keine Schuld trägt, wird in 18 Gießereien nicht bezahlt, in zweien wird er teilweise und in einer zur Hälfte bezahlt. In sämtlichen Gießereien Leipzigs wird in Akford gearbeitet. Die Wochenlöhne der Kernmacher schwanken zwischen 25 und 40 Pfg. pro Stunde, die der Hilfsarbeiter betragen 25—35 Pfg. In einer Gießerei werden Löhne von 20 Pfg. pro Stunde für einen Hilfsarbeiter als genügend angesehen. Lohn- und Akfordabzüge fanden in 5 Gießereien in Höhe von 10—25 Prozent statt. Die sanitären Einrichtungen sind in einigen Betrieben sehr mangelhaft, so daß mehrfach der Fabrikinspektor auf diese Betriebe aufmerksam gemacht werden mußte. Die Luftschichtbehörde wäre weiter auf die in den meisten Gießereien übliche Heizungsart der Koksöfen ohne Abzug und auf die ungenügende Ventilation während der Zeit des Gießens hinzuweisen. Nur in sechs Betrieben ist die Ventilation als genügend bezeichnet. Noch schlechter ist es mit der Heizung im Winter bestellt; 3 Gießereien sind mit Dampfheizung versehen, 8 Betriebe besitzen Öfen mit Abzugsrohr, in vier Buben werden neben Dampfheizung und Öfen noch offene Koksöfen zur Heizung benutzt und in 7 Gießereien sind nur offene Koksöfen aufgestellt. Die Vorrichtungen beim Gießen werden in 14 Betrieben als genügend bezeichnet, in den übrigen als mangelhaft. Das Abgehen vom Kupolofen ist in einigen Gießereien mit Lebensgefahr verbunden, ebenso wird in mehreren Buben über schlechte Wege gelaugt. Klagen über ungenügende Beleuchtung kommen aus mehreren Gießereien. Neben elektrischem Licht wird auch noch Gas oder Petroleum verwendet. Wassereinrichtungen sind in 10 Gießereien vorhanden; die Arbeiter von 4 Gießereien genießen den Vorzug, ein Brausebad zur Verfügung zu haben, während 6 Gießereien nur einen Waschraum mit Becken und Trögen aufweisen. In allen Fällen sind die Räume entsprechend der Zahl der Arbeiter zu klein und meistens unrentlich, in den andern Buben werden Folgeimer, wovon einer auf 8 oder 4 Arbeiter kommt und Bratheringsbüchsen als Waschgefäße benutzt. In einer Gießerei wird eine alte große Kiste als Garderobenschrank benutzt, und in dreien müssen sich die Formner einen Nagel in die Wand klopfen, damit sie ihre Kleider aufhängen können. Die Wärdürfnisanstalten sind in einigen Betrieben ziemlich gut, in andern ungenügend, und in zwei Buben spotten sie jeder Verschönerung. Unfälle waren im letzten halben Jahre 21 zu verzeichnen. Hauptächlich sind es Verbrennungen und Quetschungen, hervorgerufen durch die infolge des Akfordsystems bedingte überhastende Arbeitsweise.

Die Behandlung seitens des Chefs und der Meister wird in 5 resp. 6 Gießereien als gut, in einigen als leidlich und in den übrigen als recht schlecht angegeben.

**Korrespondenzen.**

**Formner.**

Blankenburg-Jorje a. Harz. Die Formner, Kernmacher und Gießereiarbeiter der Harzer Werke in Blankenburg und Jorje stehen noch immer im Streik. (Rübeland im Harz gehört dazu.) Die Direktion ist in schwerer Verlegenheit und versucht, da von ihren Arbeitern keiner Streikbrecher werden will, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen. Einmal Tages erschien in Halle a. S. der Herr Direktor Lückhoff der Harzer Werke, um Formner zu werden. Als Werkzeug benutzte er den Herrn Pringler, den Bruder des Inhabers der Firma Gebr. Pringler in Halle a. S. Dieser Herr jagte verschiedene arbeitssche Formner, die in Halle vorhanden sind, auf und sandte sie nach dem „Apollo-Theater“ in Halle, wo sie von dem Herrn Direktor Lückhoff aus Blankenburg angeworben wurden. Er sagte zu den sich in Not befindlichen Leuten: „Streik ist bei uns nicht!“ Darauf waren die Leute (8 Personen) bereit und ließen sich durch den Blankenburger Betriebsingenieur der Firma am Mittwoch, 22. April, von Halle abholen. Durch Verprechung von Stundenlöhnen: für Formner bis 60 Pfg., für Kernmacher 35 Pfg., hatte man den Angeworbenen die Lust zum Mitgehen beigebracht. Unternegs wurden sie mit Bier und belegten Brötchen bewirtet. Im Triumph zogen die führenden Herren mit ihren getarnten Opfern bis Blankenburg. Die Herren Direktoren hatten aber nicht damit gerechnet, daß die deutschen Metallarbeiter Solidarität zu üben verstehen. Die Streikleitung war längst unterrichtet. Die acht Mann sahen die Streikenden mit Miße in die Fabrik einziehen. Für die Arbeitswilligen ist ein Raum mit Betten, sogar elektrisch beleuchtet, in der Fabrik eingerichtet. In der Kantine steht eine Küche zur Verpflegung der Streikbrecher bereit. Der Kantinewirt mußte einen guten Brauer machen und die Gefangenen speisen. Sie haben sich dazugehalten, wie sie uns erzählten, daß der Mann der Küche erkaunt aufblickte, wie sein Braten verschmunden war. Ihm gingen sie an die Arbeit. Aus allem hatten sie nun aber erkannt, daß sie Streikbrecher spielen sollten. Dafür dankten sie und zogen ab. Alles Jureden der Beamten und Direktoren mußte nichts; die gut gespeiten Arbeiter blieben fest. Herr Pringler aus Halle und die Direktion der Harzer Werke werden auch an anderen Orten den Bauernfang versuchen. Falls daher keiner auf die Schwindeln herein. Formner, Metallarbeiter, helfe euren Kollegen in Blankenburg und Jorje im Harz die Schlacht gewinnen! Ihr braucht nur acht geben und nicht kommen. Die Streikenden liefern keine Streikbrecher!

**Metallarbeiter.**

Berlin. Am 7. April tagte hier eine gutbesuchte Versammlung aller in der Garwin-Maschinenfabrik beschäftigten Arbeiter, zu welcher auch die Meister der Firma vollständig erschienen waren. Nachdem Riewe das einleitende Referat beendet, sprach Meister Stör. Er erklärte die Ausführungen des Referenten kurzerhand als Unwahrscheinlich, es sei das selbstverständliche Recht des Unternehmers, die Arbeiter so weit wie möglich auszunutzen auch in der schlechten Geschäftszeit. Darauf erklärte er, nunmehr nicht länger stören zu wollen. Er ging mit seinen Kollegen, obwohl der Vorsitzende Gammann sie ermahnte, zu bleiben. In der Diskussion wurde festgestellt, daß bis auf einen Irrtum des Kollegen Riewe (er sagte fast achtzehn Maschinen acht) die Ausführungen vollauf der Wahrheit entsprachen. Es werden in der Fabrik Stundenlöhne für Dreher und Schlosser von 40 Pfg. gezahlt, und ist es nicht selten vorgekommen, daß bei Akfordarbeiten diese 40 Pfg. nicht verdient wurden. Die Werkzeuge lassen viel zu wünschen übrig. Im verfloffenen Jahre wurden die Dreher auf Grund der erbärmlichen Verhältnisse gezwungen, in den Streik zu treten, konnten jedoch, obwohl der ganze Betrieb zum Stillstand gebracht wurde, nichts erreichen, weil das Heer der Arbeitswilligen nach Aufhebung des vorjährigen Streiks nicht abzunehmen war und die Direktion es zu keiner Verständigung kommen ließ. Es muß ja leider auch gesagt werden, daß an den Verhältnissen unsere Kollegen ein gut Teil Schuld selbst haben, weil sie es nicht verstehen, in der richtigen Weise ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen, sondern alles über sich ergehen lassen. An dem Tage, wo diese Versammlung stattfand, wurde den Drehern eine Zulage von 2 bis 6 Pfg. pro Stunde gemacht. Berlin. Wie in den Vorjahren, gelangen auch diesmal für diejenigen Kollegen, welche verhindert sind den 1. Mai durch



beiträge zu feiern, Maimarken zum Preise von 50 Pf. zur Ausgabe. Dieselben sind bei allen Kaffierern und Buchhändlern erhältlich. Wir erwarten, daß die Kollegen für regen Vertrieb Sorge tragen.

**Crimmitschau.** Am 16. April wurden seitens der Firma Paul & Söhne, Eisengießerei und Maschinenfabrik, zwei Schlosser entlassen, wovon der eine 10 Jahre, der andere 12 Jahre im Betrieb tätig war. Als Grund der Entlassung gab die Firma Betrug im Aufrechnen des Akkordlohnes an. Da aber den Entlassenen dieser Betrag nicht nachgewiesen werden konnte, sah sich die übrige Arbeiterschaft genötigt, für die Entlassenen Stellung zu nehmen und die Wiedereinstellung derselben zu verlangen. Gleichzeitig haben sich die Arbeiter genötigt, infolge ständiger Differenzen in der Lohnzahlung und infolge Nichterhaltung der Arbeitszeit einen Lohnzettel einzureichen, um die immerwährenden Scherereien zu beseitigen. Bemerkenswert sei hier noch, daß die Firma bei den Formern für ein und dasselbe Stück Arbeit verschiedene Löhne zahlte, so daß z. B. der eine Formner für ein Stück Arbeit 25 bis 50 Pf. pro Zentner weniger erhielt als ein anderer für dieselbe Arbeit. So konnte die Firma Zwietracht und Neid unter den Arbeitern erhalten. Die Gießereiarbeiter erhalten den hiesigen Lohn von 28 Pf. pro Stunde, ein Lohn, wo jeder, der die Gießereiverhältnisse kennt, mit dem Kopfe schütteln muß. Infolge dieser Verhältnisse und um einen einheitlichen Lohn sowie die früher gezahlten Löhne wieder zu erzielen, wurde der Lohnzettel eingereicht. Die Forderung der Schlosser und Hilfsarbeiter betrug 3 bis 5 Pf. mehr pro Stunde. In den nun folgenden Verhandlungen der Kommission mit den Chefs der Firma erklärten dieselben, auf diese Forderungen auf keinen Fall eingehen zu wollen. Gleichzeitig wurde auch die Forderung der schlechtliehen Wiedereinstellung der beiden Genannten zurückgezogen. Es wurde nun ein Vertreter der Berufsorganisation herangezogen, um mit der Firma zu unterhandeln, doch wurde dieser ebenfalls scharf abgewiesen und bekannt gegeben, daß, wer bis Mittwoch den 18. April abends 6 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, als entlassen gilt. Die Arbeiterschaft ist gewillt, ihre gerechten Forderungen aufrecht zu erhalten und erachtet, da mittlerweile die Aussperrung perfekt geworden ist, die Metallarbeiter aller Branchen den Zugang nach Crimmitschau strengstens fernzuhalten, um uns den Kampf zu erleichtern. Von 40 im Betrieb beschäftigten Arbeitern sind 34 beteiligt und zwar: 17 Formner, 2 Kernmacher, 6 Schlosser, 1 Klempner, 4 Gusspoker,

**Offen a. M.** Das Alte stirbt, es ändern sich die Zeiten! Was kein Mensch geglaubt hat, es ist von den Vereinigten Gewerkschaften bei der Gewerbeversammlung vollbracht. Sie haben einen glänzenden Sieg errufen. Die Schwarzen und die Blauen versuchten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, ihre Schiffe zu fanatisieren; die Religion mußte wieder gründlich herhalten. Die Christentum, dort Atheismus; hier alte Weltanschauung, dort der Umsturz — das war die Parole jener Rubelmuddelpartei, die sich „christliche Arbeitervereine“ nannte. Nun, die Leute haben sich selbst abgewirtschaftet, sie hatten bisher in allen Korporationen die Mehrheit, aber die letzten Vorgänge in Offen haben nicht in Lausende von Köpfen gebracht. Wie haben die Schwarzen auf die Noten herumgehauen, um den christlichen ultramontanen Brothauer im Reichstag zu bemänteln und bei der so liebevollen Firma Krupp Sieblich zu sein — alles umsonst! Wenn die Kapläne ihren Schafen nun den Wortwurf machen, zu wenig getan zu haben, so können wir ihnen das Zeugnis ausstellen, gut gearbeitet und gut geliebt zu haben. An eine Adresse mögen sich die Herrn Kapläne wenden — an die des Herrn Christian Klotz; der hat viel dazu beigetragen, daß die Arbeiter selbständig denken und handeln lernten. Der liebe Gott gebe, daß uns Herr Klotz noch lange hier in Offen erhalten bleibt. Die Aufgabe dieses Herrn bestand darin, in den Versammlungen der freien Gewerkschaften oder auch in politischen für Standal zu sorgen. Dies haben wir aber dem Herrn in der letzten Zeit durch geeignete Fürsorge abgewöhnt, und so belanien die Leute auch etwas anderes zu hören. Unsere beste Agitatoren ist natürlich die Firma Krupp. Da gibt es Betriebe, deren Leitern die Zwanzigmillionen-Uberschüsse noch nicht genügend sind, der Bruder Arbeiter muß wieder herhalten. So hat man in der Geschloßdreherei den achtstündigen Arbeitstag mit 20 Prozent Abzug eingeführt, den Akkord hat man dort so gedrückt, daß es ein ganz besonders tüchtiger Arbeiter sein muß, um annähernd 5 Mk. pro Tag zu verdienen. Viele arbeiten im Schichtlohn, derselbe steht fürchtbar hoch, sage und schreibe — Mk. 2,90, das ist der höchste Lohn, davon gehen dann die zwei Stunden ab. Wie zum Schohne hatte man den Ufas über den Achtstundentag in einer Werkstatt unter einen sogenannten Sparanzschlag gehetzt! Der Arbeiter soll sparen bei 2,20 bis 2,90 Mk. In einer großen öffentlichen Versammlung der Arbeiter der Geschloßdreherei bei Krupp und anderer Metallarbeiter stand „Der achtstündige Arbeitstag bei Krupp und der Lohnabzug“ auf der Tagesordnung. Der Referent, Maschinenbauer Franz Gemoll, Ortsverwalter der Hahnsche Offen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sprach in 1 1/2 stündigem interessanten Vortrag über die Mißstände in den Kruppischen Betrieben bis auf die neueste Bemessung und forderte am Schluß um Beitritt in den Metallarbeiter-Verband auf. Redner schloß unter allseitigem Beifall der Anwesenden nachstehende vom Kollegen Wohlsein eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Lokal des Herrn Post in Offen-Weß tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie protestiert ganz entschieden gegen die Maßnahmen der Firma Krupp, welche in der Geschloßdreherei eingeführt worden sind. Mit der Einführung des Achtstundentags in Verbindung mit Akkord- und Lohnabzügen bis zu 50 Prozent erblickt die Versammlung eine Maßnahme, in welcher die Firma dem Ausdruck des vormaligen Inhabers Alfred Krupp tritte entgegenhandelt. Dessen Ausdruck: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein“ muß nach diesem Vorgehen als Lüge erscheinen. Die Versammelten versprechen, aus den Vorkommnissen in der Geschloßdreherei endlich die Lehre zu ziehen, daß nur durch einmütigen Zusammenschluß in der Organisation es möglich ist, solche Lagen in Zukunft abzuwehren. Wenn versprochen einstimmig, soweit es noch nicht geschehen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, als der einzigen Berufsorganisation, welche aufrichtig die Interessen der Metallarbeiter vertritt, beizutreten.“

**Frankenthal.** In Nr. 14 war ein Artikel über den Streik in der Canadian Locomotive Company in Kingston enthalten, worin von unserem dortigen Bruderverband davor gewarnt wurde, bei dieser Firma mit Hilfe des Herrn Ingenieur Fröh Baumgärtner in Düsseldorf Arbeit anzunehmen. Auch wir wandten uns einige Tage vorher nach Düsseldorf und erhielten am zweiten Tage nach Abendung unseres Briefes zwei Fragebogen zugesandt, nebst einem Bemerk, die beiliegenden Fragebogen nach genauer Ausfüllung zurückzusenden und zwar sofort. Am Abend lasen wir dann in der eben erhaltenen Metallarbeiter-Zeitung den Artikel und verzichteten selbstredend sofort auf alles. Einem Bekannten von uns waren, wie er uns mitteilte, 25 Mk. pro Tag als Dreher brieflich angeboten worden, jedoch fand er es für gut, diesseits des Rheins zu bleiben, nachdem ihm auf Grundfragen in London hin abgeraten wurde. Um zu sehen, was die Firma eigentlich zu zahlen gewillt sei, fragten wir nochmals in Düsseldorf am 5. April an, jedoch hat es der Herr Ingenieur Fröh Baumgärtner für geratener gehalten, bis dato nicht zu antworten. Wir fragen uns jetzt, warum erfolgte die Einföndung der Fragebogen so pünktlich und warum antwortet Herr Baumgärtner bis dato auf unsere Frage betreffend des Lohnes und der Arbeitszeit nicht? Wahrscheinlich wurde von ihm angenommen, daß auch wir zu denen zählen, die nicht alle werden. Wenn er dies glaubte, hätte er sich allerdings geirrt. Er hat es nun vorgezogen, sämtliche Beziehungen abzubrechen. Wenn wir erst jenseits des großen Wassers wären, dann hieß es sicher: „Vogel fröh oder fröh.“ Aus den Fragebogen ersieht man, daß auch verheiratete Arbeiter angeworben werden. Wir werfen noch die Frage auf, was ein Familienvater mit Weib und Kindern beginnen soll, wenn er nach Kanada kommt und ihm dort nicht bezahlt wird was ihm versprochen,

oder, was noch schlimmer, wenn er mit dem Lohn überhaupt nicht auskommt? Will und kann er für den Lohn nicht schaffen, dann „kann er gehen“. Darum richten wir an alle Verbandskollegen die ernste Mahnung, immer, bevor sie auf etwas eingehen, vorsichtig zu sein, und wenn irgend möglich, sich mit an dem betreffenden Plaque den sogenannten „Bruchbuden“ nicht leicht werden, anständige Arbeiter sein in der Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung lassen, so hoffen und wünschen wir, daß es der Canadian Locomotive Company nicht gelingen wird, in Deutschland Arbeiter als Streibrevier anzuwerben.

**Wuppertal.** Wegen unerhöhter Lohnabzüge (85 Prozent) haben sämtliche Schlossbauer, Schleifer und Hilfsarbeiter am 25. April bei Ernst Stengler die Arbeit gekündigt. Darum, Zugang streng sein halten.

**Kassel.** Interessante Zustände herrschen im hiesigen „Institut für militärische Instrumente“ von A. & H. Hahn. Junge, ausgebildete Gehilfen erhalten einen Wochenlohn von 12 Mk., wenn sie von Kassel sind, sind sie von auswärtig, dürfen sie auf 18 Mk. hoffen — vorausgesetzt, daß sie bessere Arbeiter sind. Bei der teuren Lebensführung in Kassel können die jungen Leute unmöglich damit auskommen. Um seine 91 Gehilfen einzuschüchtern und ihr Abhängigkeitsgefühl mehr noch zu vertiefen, bringt der Herr Hahn seinen folgenden System zur Anwendung. In Zwischenräumen von 8 bis 10 Wochen wird etwa 10 Gehilfen ohne Angabe eines Grundes an einem Tage und unerwartet gekündigt. Am Osterfesttag fand erst eine solche Massenentlassung, verbunden mit Lohnreduzierung statt. Die Verbleibenden suchten durch Kriecherei und Denunzierung sich selbst vor Entlassung zu schützen. Ihrer Organisation beizutreten, dazu fehlt ihnen der Mut. Die Entlassungen haben aber noch eine andere Folge. Da die fremden jungen Gehilfen bei einem Wochenverdienst von 16 bis 18 Mk. keine Ersparnisse machen können, passiert es — wenn die Eltern nicht Geld schicken — daß sie mit Hinterlassung von Pech- und Logischulden aus Kassel verschwinden, wie erst jüngst wieder geschehen. Abzüge aller Art sind an der Tagesordnung. Ein Arbeiterauschuss existiert nicht und von den Gehilfen mag es niemand, Einblick in die Liste der Strafgelehrer zu nehmen. Mit dem Wasser wird so gespart, daß sich je 4 bis 5 Leute in einem Becken waschen müssen. Da Herr Hahn mit Vorliebe jüngere Gehilfen einstellt, ist diesen angeraten, diese Werkstatt, wie überhaupt Kassel, zu meiden. Doch könnte es gar nichts schaden, wenn einige ledige ältere Verbandskollegen hier eine Gastrolle geben würden, um Pionierdienste für die Organisation zu tun.

**Kiel.** In der Versammlung am 6. April referierte Kollege Gotthausen über „Verzürzung der Arbeitszeit“. Im Anschluß an den Vortrag wurde den Verbandsmitgliedern die moralische Verpflichtung auferlegt, sich, wenn irgend möglich, am 1. Mai durch Arbeitsruhe zu beteiligen. Über die Teilnahme an der Arbeitsruhe soll von den Werkstattvertrauensleuten eine Statistik aufgenommen werden. Bezüglich der Entnahme von Maimarken wurde den Kollegen auferlegt, nach besten Kräften sich zu beteiligen. Die Geschäftsleitung erhielt den Auftrag, Marken zu 50 Pf. und 1 Mk. zu beschaffen. — Sodann gelangten die Abrechnungen für das erste Quartal 1. Januar bis 1. April 1903 eine Gesamteinnahme von 6380,36 Mk. und eine Ausgabe von 4611,65 Mk., so daß für den 1. April ein Restbestand von 1778,71 Mk. verblieb. Die Zahl der Mitglieder ist von 1506 auf 1716 gestiegen. Eingetretene beziehungsweise zugereifte sind 406, abgereifte beziehungsweise ausgetreten 196. Die Sozialabrechnung zeigt eine Einnahme von 2615,93 Mk. und eine Ausgabe von 974,11 Mk., so daß am 1. April ein Bestand von 1641,82 Mk. zu verzeichnen war. Dem Geschäftsführer wurde Decharge erteilt. — In dem sodann folgenden Geschäftsbericht Gotthausens über das verlossene Quartal wurde lobend anerkannt, daß der große Zuwachs an Mitgliedern in der Hauptsache der rührigen Tätigkeit der Bezirkskassiere und Werkstattvertrauensleute zuzuschreiben sei. Des weitern gelangte zur Mitteilung, daß die dem Verband angehörenden Schmiede der hiesigen Verwaltungsstelle am 15. März eine eigene Branchenorganisation gegründet haben.

**Koblenz-Neuendorf.** Zeitweise recht bedauerliche Zustände herrschen hier in der „Obstprodukten-Industrie“. Es wurde am 5. April in einer Werkstattbesprechung von den Arbeitern des Stanz- und Emailierwerkes beschloffen, die Direktion im Interesse der Arbeiter sowohl wie im Interesse des Werkes selbst zu eruchen, Änderungen zu treffen. Es handelt sich hierbei um die Person des seit 4 Monaten angestellten Emailiermeisters Vierkant, der diese Liebskinder in dem jüdischen 160 Arbeiter beziehungsweise Arbeiterinnen beschäftigt sind, ordnungsmäßig zu leiten. Vierkant trifft keine richtige Einteilung der Arbeit in der Wage und an den Brennöfen, was zur Folge hat, daß die Austräger öfters ohne Arbeit sind. Dazu tragen auch neuingerichtete Brennöfen nach der Konstruktion des Meisters Vierkant bei, in denen die nötige Hitze zu einem guten und schnellen Brande nicht erzeugt werden kann. Bei schwacher Hitze geht der Schmelzprozess der Emaille zu langsam vor sich, die Ware wird unfauber, was zeitraubende Flickerei, erneutes Auftragen und wiederholtes Brennen bedingt. Mit einem der früheren Brennöfen, von welchen noch einige im Gebrauch sind, kann mehr als das Doppelte geleistet werden als mit einem der neuingerichteten Öfen. Zudem braucht nach der Leistungsfähigkeit berechnet, ein neuer Ofen den vierten Teil Kohlen mehr als ein alter. Im vorigen Jahre lieferte das Emailierwerk mit weniger Aufträgen, als zur Zeit beschäftigt sind, durchschnittlich pro Tag 6000 Kilo fertige Ware, jetzt pro Tag nur noch 3500 bis 3700 im Durchschnitt. Meister Vierkant versteht es meisterhaft, die Arbeiter als die Schuldigen hinzustellen, und wenn die Arbeiter über ihn bei der Direktion Beschwerde führen, dann spielt er immer den Beldäugigen. Meister Vierkant behandelt, da er öfter nicht recht Herr über sich selber werden kann, die Arbeiter in recht großer Weise, trotzdem der leitende Direktor vor Wehrmachten in einer Ansprache vor versammelten Arbeitern des Stanz- und Emailierwerkes betonte, daß er die Arbeiter gut behandelt wissen wollte. Es wurden Aufträge, die sich schon seit mehreren Jahren im Emailierwerk bewährt hatten, entlassen, angeblich wegen schlechter Arbeitsleistung, und in verschiedenen Zeitungen andere gesucht. In anderen Werken hält man darauf, gute Standardarbeiter zu haben. Im vergangenen Jahre konnte das Stanzwert fast nicht genug Rohware für das Emailierwerk liefern, und jetzt ist nach einigen Monaten eine solche Überproduktion an Rohwaren zu verzeichnen, daß schon seit dem 26. März die Arbeiter des Stanzwertes sich mit einer Verzürzung der Arbeitszeit auf 7 1/2 Stunden begnügen mußten. Die älteren Lohnarbeiter, die durch diese verfürzte Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 22 bis 27 Pfennig im Durchschnitt nur einem Tagelohn von 1,90 Mark erhalten, sollen mit diesem Hungerlohn für sich und ihre Familie Lebensmittel und Kleidung beschaffen sowie die Miete für Wohnung entrichten. Als am 28. März die Mitglieder des Arbeiterauschusses des Stanzwertes die Direktion um Weseitigung der Mißstände baten, wurde ihnen der Bescheid, die Arbeiter sollten nur mal ruhig abwarten, 1 bis 3 Monate müßte die 7 1/2 stündige Arbeitszeit beibehalten werden, wegen Überproduktion an Rohwaren. Herr Direktor Getto bemerkte weiter: wenn der Ausschuss wüßte, wie dem Übel abzuhelfen sei, sollte es ihm (Getto) nur gesagt werden. Daraufhin fand nun die Werkstattbesprechung statt, bei welcher die Mängel aufgedeckt und beschloffen wurde, dieselben bei der Direktion zur Sprache zu bringen. Dies geschah auch durch den Arbeiterauschuss am 6. April. Die Direktion verhielt sich jedoch ablehnend, sie nahm den Meister Vierkant in Schutz und Herr Direktor Getto bezeichnete die Arbeiter als die Schuldigen. Sehr bemerkenswert ist das Verhalten des Direktors Zander, der an einen Auftrager, gleichfalls Ausschussmitglied, die Aufforderung richtete, er möge, da er schon längere Jahre im Werk beschäftigt sei, sein Urteil abgeben, ob die Emaille jetzt schlechter sei wie früher. Vorau dieser antwortete, die Emaille sei früher besser gewesen wie jetzt, was Herr Direktor Getto bestritt. Am 7. April war gerade der Oberaufsichtsrat im Werke anwesend. Herr Direktor Zander sagte nun einem Ausschussmitglied, der Arbeiterauschuss solle die Gelegenheit benutzen, um wegen der Zustände bei dem Oberauf-

sichtsrat vorstellig zu werden. Dies fiel den Ausschussmitgliedern auf, sie sagten sich, daß ein Direktor mehr in diesen Sachen vermag als ein Arbeiter. In einer weiteren Besprechung am 11. April wurde die resultlos verlaufene Unterhandlung mit der Direktion bekannt gegeben und beschloffen, Vorstehendes in den drei hier in Frage kommenden Gewerkschaften, die Organe zu veröffentlichen. Gossentlich tragen diese Zeilen dazu bei, dem Mißstand abzuhelfen.

**Köln-Ehrenfeld.** Vor vier Wochen legten die Formner, Kernmacher und Gießereiarbeiter der Firma Laubach, Armaturenfabrik in Köln-Ehrenfeld, die Arbeit nieder. Sie hatten verlangt: Abschaffung des Kolonnenystems. Nach einmütiger Dauer des Streiks wurde nach Uebereinkunft beschloffen, die Arbeit wieder aufzunehmen, innerhalb drei Wochen sollte unter Berücksichtigung der Forderungen der Arbeiter ein Tarif ausgearbeitet werden. Was sich nun der Herr innerhalb der drei Wochen in Behandlung der Arbeiter erlaubt hat, spottet jeder Beschreibung. Anstatt daß gemeinsam ein Tarif ausgearbeitet wurde, arbeitete der Herr allein für sich einen solchen aus, der jeder Billigkeit Hohn spricht. Die Arbeiter sind dadurch gezwungen worden, den Kampf wieder aufzunehmen. Als am Schlußamstag der dreiwöchentlichen Karenzzeit der Tarif erschien, wurde gleichzeitig von dem Herrn eine neue Fabrikordnung vorgelesen, und zwar in einem Ton, als wenn ein preussischer Gendarm eine Polizeiverordnung verlesen würde. Diese „Ordnung“ sieht einer Zucht hausordnung ähnlich. Die Schlosser und Dreher haben sich mit den Formnern solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter nehmen den ihnen aufgezwungenen Kampf in aller Ruhe auf und werden denselben mit allen erlaubten Mitteln durchsetzen. Der Herr Laubach ist auch ein sehr frommer Mann, er gehört unter anderem dem Presbyterium an und ist Ehrenmitglied des evangelischen Arbeitervereins. Er hat sich in einem Zeitraum von ein paar Jahren ein Vermögen erworben. Vor gar nicht langer Zeit hat er noch als schlichter Mann der Werkstatt selbst in anderen Betrieben gearbeitet. Da war er einer von denjenigen, die auch gern etwas verdienen wollten, jetzt, da er selbst Unternehmer ist, dünnt er darauf, wie er seine Arbeiter schikanieren kann. Besonders 23 Mann im Ausstand, davon sind 20 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, zwei im christlichen Verband, einer ist unorganisiert. Fünf Mann arbeiten noch weiter, es sind das aber solche, die den Herrn nicht reich machen können. Wir eruchen um strenges Fernhalten von Formnern, Kernmachern, Gießereiarbeitern, Drehern und Schlossern. Am 23. April hat sich auch der Maschinenist, der christlich organisiert ist, den Ausständigen angeschlossen. Herr Laubach hat seine Modelle nach Kall zur Firma Schuster gefandt; die dortigen Kollegen, die den Braten rochen, verweigerten aber vor der Hand die Streikarbeit. Es wurde sofort für abends eine Wundenbesprechung einberufen, in der sämtliche Arbeiter anwesend waren; es wurde einstimmig beschloffen, die Streikarbeit zu verweigern und sich gegebenenfalls mit den Ausständigen solidarisch zu erklären. Es wurde eine Kommission gewählt, die dies dem Herrn Schuster unterbreiten sollte. Das geschah, und durch das entloffene Vorgehen erreichten die Kollegen, daß die Modelle zurückgefandt wurden. Die Kollegen gehören sämtlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. Ferner machen wir die Kollegen anderer Betriebe darauf aufmerksam: sollten ihnen Modelle von Bierdruckapparaten, von Automaten, hydraulischen Pressen, Aufzügen und Armaturen zu Abgüssen übergeben werden, die früher nicht bei ihnen gemacht worden sind, so bitten wir sie, sofort die nötigen Erkundigungen einzuziehen. Die Ortsverwaltung Ehrenfeld des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie das Streikomitee erteilen Auskunft. So sollen auch Modelle nach der Firma Dorandt, Maltrichterstraße in Köln, gefandt werden sein. Ebenso eruchen wir die Dreher und Schlosser, obige Arbeiten zu verweigern. Ferner eruchen wir um strenges Fernhalten von Zingiefern und -Bläsern nach der Kunstgießerei von Drivitt, Köln-Ehrenfeld beziehungsweise Köln-Müngersdorf, wo genannte Fabrik sich neu niedergelassen hat.

**Höfned.** In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Gebr. Prager arbeiten 4 Formner mit Meister, 4 Schlosser und 5 Lehrlinge. Die Arbeitszeit ist eine eifündige. Die Formner bekommen einen Stundenlohn von 24 und 32 Pf., der Meister 25 Mk. die Woche. Die Formner müssen alle Nebenarbeiten selbst mit verrichten. Mit dem Werkzeug ist es schlecht bestellt; der Formstand ist von einer derartigen Qualität, daß er dem Maurerstand nachsteht, und so kann man sich ja denken, was für eine Sorte Guß geliefert werden kann. Wenn ein Stiel Ausschuss wird, machen die Herren, die sehr wenig Ahnung von der Gießerei haben, trumme Gesichter. Auch sind sehr schlechte Modelle vorhanden. Für die vier Formner ist ein Modellstempel von schlechter Beschaffenheit vorhanden, desgleichen nur ein Handseger und eine Lampe. Es sind ja noch Glühlampen vorhanden, diese kann man aber nicht überall verwenden. Zur Aufbeahrung der Kleider ist kein Behälter vorhanden, man muß die Sachen verstauben und beschmutzen lassen. — In der Schlosserei ist es nicht viel besser. Hier weiß man überhaupt nicht, was man vor sich hat, einen Schlosser, Dreher, Schmied oder Modellstichter, denn diese Leute müssen alles verrichten, auch das Gusspucken. Der Lohn ist 22 bis 28 Pf. die Stunde. Die Lehrlinge haben die gleiche Arbeitszeit wie die erwachsenen Arbeiter, werden ebenfalls zu allem benützt und müssen sogar nebenbei den Kessel heizen: die Maschine befragen. Man kann sich ja denken, was diese Leute nach ihrer Lehrzeit leisten können. Organisiert sind nur 4 Formner, die anderen Arbeiter sind für den Verband absolut nicht zu haben. Den reisenden Formnern und Schlossern möchten wir ans Herz legen, diese Bude zu meiden, da wir daran arbeiten, in derselben andere Zustände zu schaffen.

**Quebelsburg.** Bei Dammann & Straßmann, Blech- und Küchengerätenfabrik, werden die Arbeiter mit dem Ersuchen um bessere Lohnverhältnisse an die Firma herantreten. Beschäftigt werden dort 22 gelernte erwachsene Arbeiter, 10 Lehrlinge und 3 Frauen. Die Stundenlöhne für die erwachsenen Arbeiter betragen 15 bis 32 Pf. Diese Löhne werden im Akkord nur in sehr wenigen Fällen erreicht. Herr Dammann ist ein „eingelegener Feind der Lohnarbeit“. Er läßt grundsätzlich keine, auch nicht die kleinste Arbeit im Zeitlohn anfertigen. In allen Fällen ist dieser Wunsch nicht zu erfüllen. Dann haben aber die Arbeiter, die für Arbeitsstunden Zeitlohn zu verlangen haben, schwer mit Herrn Dammann zu kämpfen, bevor sie ihren verdienten Lohn erhalten. Zuweilen, wenn er sich nicht mehr helfen kann, spricht er: „Na, dann wollen wir uns den Betrag teilen“; dabei zählt er dann die Hälfte aus. So gut schneiden aber nur diejenigen ab, die Saate auf den Ähren haben; andere gehen leer aus. Das ist Herr Dammann als „Teiler“. Die Akkordpreise sind seit langer Zeit schon so gering, daß die geschicktesten Arbeiter ihren schlechten Stundenlohn bei fleißiger Arbeit nicht erreichen können, trotzdem wird fortwährend abgezogen. Den Arbeitern teilt man die Preise erst mit, wenn sie ihren Lohn erhalten; jede Reduktion kommt ihnen auch dann erst zur Kenntnis. Durch diese Umstände ist es eingetreten, daß die Arbeiter stets im Vorfuß bei der Firma stehen. Ja, am Sonnabend den 18. April erhielten einzelne Arbeiter für 4 Tage 2 Mk., 2,33 Mk., 5 Mk., 5,25 Mk. und 6,53 Mk. auszubehalt. Der Ingenieur Junk mußte sogar zu einem Familienvater, der schon 7 bis 8 Jahre dort tätig ist, sagen: „Sie müssen ja noch 4 Mk. mitbringen!“ Das ist Herr Dammann als Arbeitgeber. Die Organisation hat schon oftmals zu dieser Mißwirtschaft Stellung genommen, welches jedesmal Unwillen bei Herrn Dammann erregte und er zu seinen Arbeitern meinte: „Warum wird in den Versammlungen über unsere Fabrik geschimpft? Wir wollen selbst Versammlungen abhalten; ich gebe dann auch ein Faß Bier aus.“ Die Verhältnisse sind jetzt unerträglich geworden. Die Arbeiter, als Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind gezwungen, zur Selbsthilfe zu greifen. Der Streik kann in den nächsten Tagen ausbrechen. Deshalb ist der Zugang fernzuhalten!

**Ratigen.** Die Zustände in den Werkstätten der Firma Ulrich & Hinrichs zwingen uns, wieder einiges der Öffentlichkeit zu übergeben. Es ist tief bedauerlich, daß viele Verbandskollegen, der Not gehorchend, bei genannter Firma in Arbeit zu treten gezwungen sind. Der beste Beweis für die Handlungsweise besagter



Firma gegen ihre Arbeiter ist der, daß dieselbe fast bei keiner Verhandlung vor dem Gewerbeamt als Beklagte fehlt. Wie oft ist schon die Warnung an die Arbeiter ergangen, bei eventueller Entlassung nichts zu unterschreiben, da dadurch mancher Arbeiter seines künftigen Verdienstes oder einer sonstigen gerechten Forderung verlustig wird. Kommt irgend ein Arbeiter, der sich den Betriebsleitern nicht immer gefällig zeigte, zur Entlassung, so werden ihm seine Entlassungspapiere und das Geld nicht eher ausgehändigt, bis er einen Passus unterschrieben hat, nachdem jede Forderung in der Firma ausgeschlossen ist. Der auszahlende Beamte hält in einer Hand den Lohn, den er auszahlen will, und mit der andern hält er dem Arbeiter die Feder hin. Unterschreibt der Arbeiter nicht, so bekommt er einfach nichts. Ob diese Handlungsweise unter den Nötigungs- oder Erpressungsparagraphen fällt, wollen wir nicht unterfragen, raten aber den Arbeitern, Strafantrag nach dem genannten Paragraphen zu stellen. In einer am 21. April abgehaltenen Werkstättenversammlung wurden die Mißstände bei der Firma besprochen. Es muß konstatiert werden, daß noch in keiner öffentlichen oder Werkstättenversammlung hier am Orte die Arbeiter einer Firma die Mißstände zu unerschrocken schilderten wie die Arbeiter der Firma Ulrichs & Henrich. Hat ein Former am Schlusse der Lohnperiode ein Stück fertiggestellt, so bekommt er bei der nächsten Lohnung noch gar nichts darauf bezahlt. Fertige Maschinenteile von 10 bis 12 Zentner, die zum Versandt fertig sind, müssen oft von zwei Arbeitern ohne Hebegeräte einfach auf Brettern auf den Wagen gerufen werden. Vor kurzem transportierten zwei Befristete ein Schmelzbad, das mindestens ein Gewicht von 5 bis 6 Zentner hatte, aufrechtstehend zur Schlosserei. Wie leicht stellen sich bei solchen Arbeiten Unglücksfälle ein. Aber unbekümmert um die diesbezüglichen Vorschriften geht diese Arbeitsmethode weiter. Auch mit der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter sechzehn Jahren soll ganz willkürlich gehandelt werden. Kollegen, die ihr bei der Firma beschäftigt sind, veranlaßt eure unorganisierten Mitarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiter-Verein beizutreten, damit endlich dem willkürlichen Vorgehen der Firma Einhalt geboten werden kann.

Steele. Wie traurig es in Orten aussieht, wo die Schwarzen ihr Schicksal am Gängelband führen und die Organisation als etwas überflüssiges betrachtet wird, zeigt uns die Kunstwerkhütte Dinendahl, Aktiengesellschaft. Es ist das eine der ältesten Werke von Rheinland und Westfalen, ja, es soll in dieser Gegend die erste Dampfmaschine in hiesiger Gegend gebaut worden sein. Nun nimmt doch jeder verständige Mensch an, daß ein Werk von so altem und gutem Rufe auch Einrichtungen für die dortigen Arbeiter geschaffen hat, die man als Muster für jüngere Betriebe hinstellen kann. Doch weit gefehlt. In der Formerlei wird die Ventilation durch zwei sich gegenüberstehende Tore bewerkstelligt. Das Affordwesen steht in hoher Blüte, Kuchens wird in keinem Falle bezahlt. Dem Betriebsführer Hoppe scheint es gleichgültig zu sein, ob der Arbeiter sein Leben menschenwürdig frißt oder in Not und Elend verdommt. Besonders hatten unter der Fuchtel dieses Herrn die Schlosser und Dreher zu leiden. Eine Etage unter dieser Werkstätte befindet sich die Blechwerkstatt; sobald die Schmelzfeuer angezündet werden, riecht der Rauch und Dampf ungehindert in die Schlosserei und Dreherei, dort ist von einer Ventilation auch keine Spur vorhanden. Der höchste Lohn in diesem Werke ist auf 40 Pf. die Stunde bemessen; aber Löhne von 22 und 17 Pf. gibt es ebenfalls. Die Leistung eines Arbeiters scheint weniger in Betracht zu kommen, sondern das Alter. Der Arbeiter muß gewöhnlich 26 Jahre alt sein, ehe er Anspruch auf einen besseren Lohn erheben kann, aber nicht über 40 Pf., bei Afford wird der Lohn nicht garantiert; Herr Hoppe hat es verstanden, die Affordfrage so herinzu zu drücken, daß ein Arbeiter für 180 Stunden 3,84 Mk. verdient hat. Davon gingen an 1 Mk. für Kranken- und Invalidenversicherung, 2 Mk. für die Zwanzigsparafasse, so daß der Arbeiter die kolossale Summe von 84 Pf. mit nach Hause bringt. Der Lohn blieb dem Arme auch nicht erspart, indem Herr Hoppe kurz vor der Lohnzahlung ihm mitteilte, welchen Spaß er (der Arbeiter) heute haben werde! Auf die Vorleistung erhielt der Arbeiter die Antwort: ich bezahle nur Afford! Finem anderen Arbeiter wurden 8 Mk. einbezahlt mit dem Bemerkten: der Betriebsführer wolle erst die Arbeit revidieren, trotzdem die Arbeit vom Meister als gut abgenommen war. Ein Schlosser, der weniger im Afford verdient als seinen Lohn von 20 Pf. erhielt zur Antwort: er solle von seinem vorigen Verdienst 10 Mk. beilegen, weil er ja am vorigen Lohntag genügend erhalten habe. Dabei hatte der Mann nur seinen Lohn erhalten. Sieht der Arbeiter, daß er mit dem Preise für die Arbeit nicht auskommt und wird vorstellig, so erhält er die Antwort, die Arbeit liegen zu lassen, andere gibt es nicht. Bei dieser Behandlung sollten auch dem Blödesten die Augen aufgehen, doch die große Masse glaubt immer noch, es sei eine ganz besondere Ehre, wenn der Arbeiter sich für Hungerlöhne für den Fabrikanten abschneidet. Daß nur die Organisation diese Mißstände aus der Welt schaffen kann, begreifen diese Leute nicht, es sind das jene Leute, die glauben, alles käme von selbst. So ist auch das Überstundenarbeiten gang und gäbe; wie es mit der Bezahlung dafür aussieht, das steht auf einem anderen Blatt. Die Behringfabrikerei ist auf dem Werke so weit ausgedehnt, daß fast auf jeden Handwerker 2 Befristete kommen. Die Meister scheinen in dem Betrieb nichts zu sagen zu haben, das besorgt der Herr Hoppe. Seine Tätigkeit muß man ja anerkennen, er schmeißt wenigstens aus den Arbeitern 31 Prozent Dividende für die armen Aktionäre heraus. Es wäre wünschenswert, wenn die Herr Direktor ein Augenmerk auf das Schicksal und Wollen des Herrn Hoppe richteten. Dem Arbeitern der Fabrik sei es nochmals gesagt: nur der Mensch ist die Freiheit wert, der sie sich selbst erkauft. Darum hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verein.

St. Johann a. d. Saar. Die Arbeiter der Firma Julius Wittmer, Drahtgewerksfabrik in St. Johann, 7 Arbeiter, wovon 3 dem Metallarbeiter-Verein, 2 dem Hirsch-Dummerschen Gewerbeverein und 2 keiner Organisation angehören, haben am 11. April gekündigt. Der Grund dieser Kündigung ist darin zu suchen, daß Herr Wittmer einen Lohnvertrag ausgegeben hat, ohne den Arbeitern auszusprechen zu fragen. Dieser Vertrag ermächtigt es dem Herrn Unternehmer, Abzüge respektive Lohnreduktionen je nach Belieben vorzunehmen. So wurden am 11. April Abzüge in Höhe von 12, 10 und 5 Mk. gemacht. Da Herr Wittmer am hiesigen Orte ausschließlich keine Arbeitwilligen anwerben kann, so ist er gezwungen, sich von auswärtigen Arbeitern zu engagieren oder den von ihm angefertigten Lohnvertrag zurückzunehmen und mit den bisherigen Arbeitern einen ausständigen zu vereinbaren. Herr Wittmer verweigert bei Engagements die höchsten Löhne, andererseits der Abzüge bitten wir die Kollegen, von der Firma unter keinen Umständen sich engagieren zu lassen.

Fangerhütte. (Wie das Hüttenwerk die Sittlichkeit fördert.) Wie wir hören, besteht ein von dem Vorstand der Stappschaffhütte ausgegangener Uebel, der den Arbeitern bei Strafe der Entlassung, also bei Strafe des Hungers, verbietet, sich zu verheiraten, bevor sie 24 Jahre alt sind. Für jeden Reiner der Naturgeschichte bedeutet diese Bestimmung natürlich, daß sie auch solche Kinder in die Welt setzen sollen, wenn ihnen nicht ein neuschwarzeistenes System vorgegeschrieben werden soll. Der noch jugendliche Chef der Firma wird wohl bereits wissen, daß die Heirat nicht in den Eigenschaften herausgewählter Junglinge gehört. Der junge Herr, der jetzt bald 21 Jahre alt und auch bereits für würdig erklärt worden ist, würde sich jederzeit von seinen Arbeitern auch nicht zurückziehen lassen, wenn er heiratet darf. Es ist hässlich zu hören, daß in anderer Zeit der „Klatschberedung“ kapitalistische Unternehmungen sich herausnehmen können, den Arbeitern über ihre Privatangelegenheiten Auskunft zu geben. Wir hoffen, daß der junge Chef der Firma, dem im Gegenzug zu eigenartigen Leuten, die auch am hiesigen Tage weiznen, eine humane Beziehung auch von den Arbeitern nachgeschick wird, mit den hier bestehenden Mißständen aufzukommen wird, wenn sich die Arbeiter durch Antritt an die gewerkschaftliche Organisation und selbständiges Verhalten zu einem besserem Leben verschaffen.

Thale. Folgende Vorgänge der letzten Zeit auf dem hiesigen Eisenerzhüttenwerk Thale, Alt-Bez., liefern Beweise, daß der Arbeiterschutz vielfach nur auf dem Papier steht. Bekanntlich besagt der § 186 der Gewerbeordnung: die Arbeitsstunden jugendlicher Arbeiter dürfen nicht vor 6 1/2 Uhr morgens beginnen und nicht länger als bis 8 1/2 Uhr abends dauern. Diese Vorschrift findet jedoch keine Beachtung in verschiedenen Betrieben des Hüttenwerkes, denn im Besonderen und Martinwerk, in den allergeringsten Betrieben, beschäftigt man jugendliche Arbeiter unter 10 Jahren in der Nachtschicht von abends 6 Uhr bis morgens 6 Uhr! Nach Aussage eines Obermeisters behauptete dieser, hierzu wäre ihnen die Erlaubnis vom Minister erteilt! Durch diese Überarbeit ist der jugendliche Arbeiter Albert Glahn in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember 1902 zum Inwallen geworden; er war an der Dresslerwalze befallen und hatte die Aufgabe, die Walzen, natürlich während des Ganges, zu schmirren. Hierbei wurde seine Hand erfasst und zwischen die Walzen gezogen, so daß die Hand verkrüppelt wurde und der Zeigefinger amputiert werden mußte. Bei verschiedenen anderen Vorrichtungen ist es nur dem Glücke zuzuschreiben, daß nicht schon größere Unfälle passiert sind. Im Martinwerk befindet sich ein Fallwerk, das zu dem Zweck aufgebaut ist, schwere gegossene Eisenschmelze, die unbrauchbar sind, zu zertrümmern zur nochmaligen Umformung. Zu diesem Zweck wird eine circa 60-70 Zentner schwere Kugel in die Höhe gezogen und von oben mit Wucht herabgelassen: rings herum um dieses Gefäß ist alles offen, in nächster Nähe befinden sich Arbeiter. Wir fragen nun: wann beginnt man hier mit einem Umbau, wo es in andern Fabriken ist? Ferner ist man auch in Bezug auf die Sonntagsruhe in den Werkstätten (Walzwerk mit Blechwalzwerk und Martinwerk) vielen voran. Die Arbeit am Fallwerk läßt man meistens am Sonntag verrichten, im Walzwerk wird in verschiedenen Abteilungen vollständig gearbeitet, so beim Beizen der Bleche und Sortieren, wo doch in der Woche genügend geschafft werden könnte, wenn man mehr Arbeiter einstellte. Wer nicht will, kann „zum Lohne hinausgehen“. In dieser Werkstätte vergeht kaum ein Tag ohne daß ein Unglücksfall zu verzeichnen ist. Im Stanzwerk hat sich in der vorigen Woche der zweite Mann an einer Stanze die ganze Hand abgehängt. Um das Mittel für den Unglücksfall anzuregen, hat man die abgehängte Hand noch einige Tage zur Schau auf dem Fabrikschloß herumgeworfenes. Im Monat März klangte sich ein Arbeiter drei Finger ab. Infolge des Affordsystems, das in dieser Werkstätte herrscht, sind sehr häufig Unglücksfälle zu verzeichnen. Im Emailierwerk (von den Arbeitern mit „Sifflende“ bezeichnet) verfallen die Arbeiter meist früh der Proletarierkrankheit; der giftige Emailstaub, der hier den ganzen Tag weht, kommt in der blauen Gesichtsfarbe der Arbeiter äußerlich zum Ausdruck. Diese Werkstätte untergebeid sich auch insofern von den andern, indem hier hauptsächlich die Frauenarbeit vorherrscht ist. Die Frauen arbeiten nicht getrennt von den Männern, 14-16jährige Mädchen sind zwischen jungen Burschen und verheirateten Männern beschäftigt. Das Emailieren („Auftragen“, wie es genannt wird) der leichter Emailen und kleineren Geschirre besorgen die Frauen und Mädchen, denn diese bekommen ungeführt die Hälfte (es heißt 1/2) vom Affordlohn, den die Männer bekommen. Wenn man die letzteren nicht zu größeren Geschirren haben müßte, würden überhaupt keine Männer beschäftigt. Nun würde es sich empfehlen, in dieser Anstalt die Arbeitszeit so viel wie möglich zu verkürzen. Aber es geschieht das Gegenteil. Es werden fast alltäglich Überstunden gemacht. Die Aufsträgerinnen und Aufsträger arbeiten täglich von 6-7 Uhr. Die Affordfrage sind so gedrückt, daß es nur gut eingearbeiteten Kräften bei vollster Anstrengung möglich ist, einen sagen Lohn zu verdienen. Die Dienarbeiter (Brenner und Gehilfen) verdienen ihren fargen Lohn meist durch Überstunden. Der Afford ist so gestellt, daß die erfahrenen in der Regel 3 Mk., die letzteren 2,30 Mk. Schichtlohn ausgezahlt erhalten. Auf den Afford kommt selten ein. Die Leistung wird jetzt wohl gezwungen sein, mehr Lohn zu zahlen, da viele junge Leute dem Emailierwerk den Rücken kehren. Daß es nicht besser auf dem Werke steht, daran trägt die größte Schuld die Arbeiter selbst. Nicht durch Arbeitsverlängerung und Überstunden, nur durch Verkürzung der Arbeitszeit können höhere Löhne erkundet werden. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß diese Verhältnisse durch unsere Kritik in aller Kürze verbessert werden. Notwendig ist aber auch, daß die Arbeiter sich selbst etwas mehr auf ihre Kraft besinnen und sich dem Metallarbeiter-Verein anschließen, sonst helfen alle Klagen nichts.

Nadelmacher. Burgstädt i. S. Wegen mehrmaliger willkürlicher Lohnzahlung und Reduktion der Stundenlöhne um ein Drittel des üblichen Lohnes legten am 11. April sämtliche Nadelmacher der Firma W. Bach & Co. die Arbeit nieder. Die Firma suchte in Chemnitzer Blättern „Nadelmacher für eine neu zu gründende Fabrik“. Es meldeten sich auch viele Arbeiter; die Spieß zeigten den Nadelmachern ihres Betriebs den Stoß eingegangener Briefe. Die Offertensreiber wurden nun alle für den 11. April in das Hotel Fürstenberger Hof in Chemnitz bestellt, und Herr Göhler, Wittinhaber der Firma, nebst dem Werkführer Jantscher machten sich auf den Weg, um die Arbeitswilligen in Empfang zu nehmen. Erschienen waren 8 Nadelmacher, die hauptsächlich dem Werkführer Jantscher sehr bekannt waren, von der Zeit her, wo auch er noch Mitglied der Arbeiterorganisation war. Diese 8 Mann zeigten nicht die geringste Lust, die freigeordneten Plätze ihrer Kollegen einzunehmen, wohl aber sagten sie den zwei Herren recht herbe Worte in Bezug auf Bezahlung und Einrichtung am Betrieb. Und zuletzt stellte es sich heraus, daß diese Kollegen, die selbstverständlich dem Metallarbeiter-Verein angehörten, nur deshalb dorthin eingereiht hatten, um die neue Nadelfabrik kennen zu lernen. Herr Göhler und sein Werkführer Jantscher mußten also, ohne Streitredner gefapert zu haben, wieder abbrechen. Nachdem der Streit 4 Tage gedauert hatte, beramte der Bürgermeister eine Verhandlung an, zu der von der Firma Herr Bach erschienen war. Die Arbeiter waren bis auf einen alle erschienen, desgleichen der Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Vereins, Krause aus Chemnitz. Nach einwöchiger Verhandlung kam folgender Vergleich zu Stande. Die Affordpreise bleiben wie bisher und ist eine Tabelle in mehreren Exemplaren anzufertigen, wovon jeder Meister ein Exemplar im Besitz hat und diese der Arbeitern auf Verlangen vorzulegen hat. Das Pressen wird bezahlt wie bisher: Motorradeln 70 Pf., gewöhnliche Nadeln im Durchschnitt 60 Pf. Für letztere wurde besser auf den kleinen Pressen nur 50 Pf. gezahlt. Für Drehtischer, eine Arbeit, die ein Presser macht, gibt es 15 Pf., wenn eine Drehtschneidmaschine angebracht wird, soll für das Pressen 65 Pf. gezahlt werden. Der Stundenlohn ist für Nadelmacher, welche 20 Jahre alt sind, im Minimum auf 5 Pf. festgesetzt, desgleichen erhält ein jüngerer Arbeiter, welcher bisher 20 Pf. Stundenlohn hatte, 22 Pf., und für ältere Arbeiter sollte, wenn sie in Lohn arbeiten, 30 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Für Hältestrichen wird 60 Pf. gezahlt, und in Stundenlohn 27 Pf. anstatt bisher 25 Pf. ein Lohnarbeiter, der jetzt 25 Pf. pro Stunde erhielt, soll gleichfalls 27 Pf. erhalten. Die Lohnberechnung soll in den Lohnbüchern geschehen und ist mit Tinte oder Zinkblei zu bewerkeln. Um mehr Pünktlichkeit bei Beginn der Arbeit wachen zu lassen, soll ein Markenlohn eingerichtet werden, jedoch tritt Strafe erst ein, wenn jemand mehr als zehn Minuten zu spät kommt. Wenn jemand wegen Krankheit in der Familie und ähnlichen Verhältnissen der Arbeit fernbleibt, kann nicht bestraft werden und entscheidet im Streitfall der Arbeitenschiedsgericht. Dieser Vertrag ist von allen Beteiligten unterzeichnet worden, worauf sämtliche Nadelmacher die Arbeit wieder aufnahmen.

Jungbäcker. München. Nachdem die hiesigen Verbandskollegen schon in zwei öffentlichen Versammlungen im Februar und März in der am 1. Mai abhaltenden Tarifverhandlung für Bräuhäuser und Backwarenbeschäftigte Stellung genommen und in beiden Versammlungen einmütig der Stundensatz verteidigt wurde, den Tarif wieder zu erneuern, jedoch einzelne Mißstände, welche während dieser Periode zu Tage traten, abzustellen und verschiedene Erweiterungen in Bezug auf Engagementsverhältnisse zu verlangen, wurde am 2. April die von der

Arbeitskommission ausgearbeitete Vorlage dem Vorsitzenden der Arbeit-gebersvereinigung übergeben mit dem Ersuchen, in einer gemein-geberschaftlichen Besprechung die Angelegenheit zu erledigen. Am 8. April fand jedoch bereits die Rückantwort, die in einer tags vorher statt-gehabten Sitzung von Seiten der Arbeitgeber gefaßt wurde. Die- selben haben beschlossen: a) den Tarif auf weitere zwei Jahre zu verlängern; b) in Bezug auf Engagementsverhältnisse werden die Gehäl-fer und nehmene die vereinbarten Arbeitgeber an, daß durch ihr neu-liches Entgegenkommen weitere Differenzen ausgeschlossen sind. Am 18. April fand eine weitere öffentliche Sitzung der Arbeitgeber statt, die sich mit der Antwort der Arbeitgeber zu befasse hatte. Nach- dem die Lohnkommission Bericht erstattet wurde, wurde nach kurzer Dis- kussion in Anbetracht, daß die Forderungen der Gehälfer von Seiten der Prinzipale anerkannt und genehmigt wurden, einstimmig der Beschluß gefaßt, deren Vorschlag zu akzeptieren. Der neue Tarif läuft vom 1. Mai 1903 bis zum 30. April 1905.

Feilenhauer. München. Das Verhalten des Herrn Langhammer (Firma Robl) zwingt uns, die Kollegen wiederholt vor diesem Betrieb zu warnen. Es wurde jüngst ein Kollege entlassen, weil er in dem Verdacht stand, den Artikel über die betreffende Fabrik in Nr. 11 der Metallarbeiter- Zeitung veranlaßt zu haben, was jedoch nicht der Fall war. Na- türlich wurde die Entlassung mit Arbeitsmangel begründet, obwohl 3 Tage vorher ein anderer Feilenhauer eingestellt wurde, um die Stelle des betreffenden Kollegen einzunehmen. Wir weisen wieder- holt darauf hin, daß Herr Langhammer zwar sagt, er zahle den Feilenhauern den Reichsdecker Affordtarif; derselbe ist jedoch so sehr zugestutzt, daß ein tüchtiger Feilenhauer bei 9/10 stündiger Arbeitszeit in 6 Tagen höchstens 18 bis 20 Mk. verdient. Wenn man nun bedenkt, daß in Bezug auf Lebenshaltung München die teuerste Stadt Deutschlands ist, so können wir es getrost allen Kollegen überlassen, ob sie sich nicht lieber an unseren Arbeitsnach- weis wenden wollen, der bei Kollegen F. Bammer sich befindet, oder auf etwaige schöne Versprechungen seitens der erwähnten Fabrik hereinzufallen.

**Hus der Metallindustrie.**

Zur Geschäftslage. Die Berichte über die Beschäftigung in den kohlenverbrauchenden In- dustrien lauteten fortgesetzt besser; besonders die Eisenindustrie habe erheblichen Zuwachs an Aufträgen erhalten, so daß die Wieder- betriebsnahme einer Anzahl Hochöfen erforderlich sei. Zu gleicher Zeit wurde auf der Kölner Generalversammlung des Güter- und In- dustrials festgesetzt, daß die Werke gut beschäftigt seien. Der Ver- band Deutscher Feinblech-Walzwerke denkt in nächster Zeit an eine Preiserhöhung. Auch die Eisengroßhändler verschiedener Meierei erhöhen die Lagerpreise für Stabeisen und ähnliches, ein Zeichen, daß sie keinen kommenden Zufluß billigerer Ware mehr fürchten und eine Besserung ihres Absatzes hoffen.

Allerdings ruhen noch immer viele dieser günstigen Erscheinungen auf recht vorübergehenden Ursachen, so daß auch der Rückgang sehr rasch wieder kommen kann. Am meisten gilt dies nach wie vor von der Roheisenproduktion. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des Deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Februar 1903 auf 784295 Tonnen, darunter Gießereiroheisen 131121 Tonnen, Bessemerroheisen 25189 Tonnen, Thomasroheisen 444780 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 60039 Tonnen und Puddel- roheisen 73180 Tonnen. Die Produktion im Januar 1903 betrug 782484 Tonnen, im Februar 1902 697334 Tonnen. Vom 1. Januar bis Ende Februar 1903 wurden produziert 1 516 743 Tonnen gegen 1 254 022 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wir haben diese nach vielen Seiten getragene Produktionssteigerung schon öfter besprochen. Berücksichtigt man die Kürze des Monats Februar, so haben die produktionsreichsten Monate des Jahres 1900, des Höchstjahres aus der Aufschwungszeit, die jetzige Tätigkeit nicht erreicht. Wir haben aber ebenso oft darauf hingewiesen, daß diese ganze Ausdehnung auf der Expansion der Ausfuhr, in erster Linie auf der Nachfrage der Vereinigten Staaten fußt. Gerade deshalb sind es die Roheisen Rheinland- Westfalens und besonders des Siegerlandes, denen Luft verhaßt wird, während anderen Bezirken viel weniger durch Ausfuhr Er- leichterung gebracht werden kann, so daß sie auch von der Aufwärts- bewegung weniger verspüren. In Amerika hält man jedoch den Konjunktionspunkt der Konjunktur für überschritten: die Eisenwerke des Südens haben, vorwiegend zur Beschränkung der deutschen Zu- fuhr, an den Quartalsenden die Preise herabgesetzt.

Daß die heutige Produktionsvermehrung zunächst noch eine ganz andere wie die einer wirklichen Aufschwungszeit ist, spricht sich deutlich genug in den Preisen aus. Die Eisenpreise sind selbst im Januar und Februar noch im Weichen geblieben, aber sie haben doch über das vorangegangene niedrige Niveau nicht hinaus- gelangen können. Wie sehr jedoch das letzterreichte Niveau tiefer liegt als in den guten Jahren 1896 bis 1900, mögen die Jahres- durchschnittliche (in Mark für 1 Tonne = 1000 Kilogramm) beweisen:

	1890	1891	1898	1900	1901	1902	1903
Breslau ab Werk, Gießereieisen	74,4	50,3	59,6	<b>90,7</b>	68,5	61,3	60,0
Dortmund ab Werk, Westf. Puddel I.	70,0	45,6	58,0	<b>74,2</b>	?	59,8	58,0
Thomaseisen	61,0	45,2	57,0	<b>78,0</b>	?	57,0	56,0
Düsseldorf ab Werk, bestes deutsches Puddel	77,5	45,2	58,9	<b>88,8</b>	?	59,4	56,0
bestes deutsches Gießereieisen	83,6	62,7	67,3	<b>101,4</b>	76,9	68,2	65,2

Diese bisher noch unerschütterliche Schwäche der Preise bleibt für die ganze Lage charakteristisch. Freilich unterscheidet sich die jetzige Krisenzeit ganz wesentlich von dem etwa entsprechenden Rück- gang 1894; nicht nur ist der Produktionsumfang unvergleichlich günstiger und der Erzeugungsbilanz viel milder geblieben, sondern auch die Preise sind noch lange nicht auf die Tiefe von 1894 gesunken. Man könnte vermuten, daß das nur ein Privileg der autorganisierten Rohstoffindustrie sei. Aber es trifft, wenn auch mit Abweichungen im einzelnen, für die Erzeugnisse der weiterverarbeitenden Eisenerzeugung gleichfalls zu. Die von Dr. Reusch für den Verein der Eisen- und Stahlindustrie bis 1902 fortgeführten Preisstatistik ergibt hier (Mark pro 1 Tonne ab Werk):

	1890	1894	1900	1901	1902
Stabeisen	187	95	215	130	100
Walzdraht	180	93	185	150	125
Randwagen	275	190	210	200	195
Wagenachsen	280	180	190	180	160
Reifbleche	205	120	200	180	160
Stahlschienen	160	111	130	125	—
Ordn. Bauholz	160	115	150	145	120
Eiserne Träger, Saar	150	86	117	116	88
Reicht. Maschinenguß	240	190	260	245	210
Schwerer	170	170	210	230	210

Nur bei den Wagenachsen finden wir also 1902 den Preisstand von 1894 erreicht, sonst sind die Ziffern durchgehend höher, zum Teil sogar beträchtlich höhere. Die allgemeine Eigenart der letzten Krisis, ferner die besondere Wirkfamkeit der Syndikate, tritt in diesen Tatsachen greifbar hervor.

Preiserhöhung in der Beleuchtungsbranche. Die Fabrikanten der Beleuchtungsbranche haben in einer kürzlich in Berlin stattgefundenen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien, den Preis für ihre Fabrikate um 7 1/2 Prozent zu erhöhen, ein Aufschlag, der am 10. April in Kraft treten soll. Diesem Vorgehen der maßgebenden Firmen Berlins haben sich auch bereits die meisten auswärtigen Firmen angeschlossen.



**Kosomotivfabrik Kraus & Co., München.**

Nach dem Geschäftsbericht für 1902 liegen sowohl der Zufluß an Aufträgen wie die erzielten Preise zu wünschen übrig. Die geringfügigkeit der Inlandsaufträge zwingt dazu, einige ausländische Aufträge mit erheblichen Opfern herbeizunehmen. So liefen wir in den letzten Monaten nach dem Klagelied wieder aber doch mitgeteilt, daß eine Dividende von 8 Prozent verteilt werden konnte. Der Reingewinn betrug nämlich 797.018 Mk. Außer der Dividende wurden nicht weniger als 128.598 Mk. zu Lantimen verwendet. Nach diesen Zahlen werden die Arbeiter wohl einsehen, in welcher Notlage sich die Herren Aktionäre, Direktoren und Aufsichtsräte befinden.

**Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin-Karlshöhe.**

Die in Berlin stattgehabte Hauptversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende auf 10 Prozent fest. Auf die Anfrage eines Aktionärs über die Aussichten des laufenden Jahres teilt der Generaldirektor mit, daß der Bestand an Aufträgen im Betrag von 16.793.000 Mk., mit dem die Gesellschaft in das neue Jahr hinübergetreten sei, in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres um 1.160.000 Mk. sich erhöht habe. Bis zum 1. April sei er dann noch um einige hunderttausend Mark gewachsen. Ein Teil davon sei bereits fakturiert. Die Waffenfabrik Martini & Wölffels sei mit einem größeren Auftrag auf Gewehre beschäftigt, der im Juni oder Juli zur Auslieferung gelangen werde. In Maschinengewehren sei der Gesellschaft ein Auftrag der deutschen Regierung erteilt worden. Auch für die Repetierpistole, System Parabellum, stehe ein größerer Auftrag in naher Aussicht. Die Kugellagerherstellung bei der Gesellschaft habe erheblichen Aufschwung genommen. Der Umsatz, der im Jahre 1901 noch 40.000 Mk. betragen habe, sei im Jahre 1902 auf 170.000 Mk. gestiegen. Der Umsatz in den ersten drei Monaten 1903 habe bereits die Hälfte des vorjährigen Jahresumsatzes erreicht. Die Gesellschaft habe infolgedessen sich genötigt gesehen, den Betrieb zu erweitern. In Karlsruhe sei die Gesellschaft hauptsächlich in Patronen beschäftigt, für die sie Aufträge auf lange Zeit hinaus in Händen habe. In Geschützpatronen, in denen bereits gute Beschäftigung vorlag, sei ein weiterer größerer Auftrag herbeigekommen. Von Nebenerzeugnissen sei die Aluminiumabteilung zu erwähnen, in welcher der Gesellschaft größere Aufträge für Aluminiumfolgen für Fahräder nach England erteilt worden sind. Der der Gesellschaft affiliierte Waffenfabrik Mauser sei ein bedeutender Auftrag auf Gewehre zugegangen, welcher die Fabrik auf Jahre hinaus beschäftigen werde. Die Lage und die Aussichten seien im ganzen als günstig zu bezeichnen.

**Aufruf zur wirksamen Unterstützung der ausgeperrten Metallarbeiter in Sferlohn.**

An die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

**Werte Kollegen!** Seit nunmehr drei Wochen tobt in Sferlohn ein erbitterter Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern. 4300 Arbeiter wurden, weil sie es ablehnten, Streitarbeit ihrer im Ausstand bei der Firma Schäfermeyer & Hens befindlichen Kollegen anzufertigen, brutal auf die Straße geworfen. Immer mehr wächst sich dieser Kampf zu einer gewaltigen Machtprobe aus. Es handelt sich um die Vernichtung der Organisation, um ihr gewaltiges Fortschreiten bei dieser dem Zentralisationsgedanken bisher fernstehenden Arbeiterschaft zu hemmen. Selbst nachdem einer der Gemäßigten, um dessen willen die Unternehmer die Vereinbarungen ablehnten, anderwärts Arbeit erhielt, beschloßen die Fabrikanten dennoch die Aussperrung anrecht zu erhalten. Die Versuche der durch die Aussperrung schwer geschädigten Sferlohner Bürgerchaft zur Beilegung der Differenzen wies das halbjährliche Unternehmensschöff und hohnvoll zurück. Man sucht Uneinigkeit in die Reihen der Ausgeperrten dadurch zu bringen, daß man den unorganisierten und denjenigen Ausgeperrten, die von der Organisation ablassen wollen, Unterstützung seitens der Fabrikanten zahlt. Die Unternehmer spekulieren, daß es der Arbeiterschaft nicht möglich sein wird, die für die Unterstützung der Ausgeperrten wöchentlich erforderlichen 35 bis 40.000 Mk. aufzubringen. Diese Hoffnungen der Unternehmer gilt es gründlich zu zerstören. Hierzu schlagen wir euch folgendes vor: Die Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes berufen unverzüglich große allgemeine Mitgliederversammlungen ein und unterbreiten dort den Mitgliedern einen Antrag auf Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer für die Dauer der Aussperrung in Sferlohn. Der Einfachheit des Einzugs dieser Extrasteuer halber empfehlen wir, den Beitrag auf 30 Pf. pro Woche zu bemessen. Jedes Verbandsmitglied würde dann für die Zeit der Aussperrung und pro Woche statt einer Beitragsmarke deren zwei à 30 Pf. zu entnehmen haben. Der Vorstand erteilt den Verwaltungsstellen im vornherein seine Zustimmung, so daß mit der Einziehung der Extrasteuer sofort begonnen werden kann und ihre finanzielle Wirkung unmittelbar eintreten muß.

Kollegen! Folgt unserm Ratsschlag und tragt hierdurch dazu bei, daß die Pläne der Sferlohner Unternehmer zu nichte werden. Den Vorteil davon habt auch ihr. Schreitet die Organisation in der Weise vorwärts wie in der jüngsten Zeit und tragt ihr zur Überwindung solcher Aussperrungen wirksam bei, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Unternehmer, für die jetzt nur der Grundsatz gilt: „Wir wollen Herren im eigenen Hause sein!“ uns als gleichberechtigt anerkennen müssen.

Mit kollegialem Gruß  
Stuttgart, 28. April 1903. Der Vorstand.

**Rundschau.**

**Das Zentralarbeitssekretariat.**  
Beim Errichtung der vorjährige Gewerkschaftskongress beschlossen ist am 1. April in vollem Umfang in Tätigkeit getreten. Das Sekretariat hat nach dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses die von Mitgliedern der Gewerkschaften beim Reichsversicherungsamt unabhängig gemacht werden, zu bearbeiten und in der Verhandlung mündlich zu vertreten.  
Da das Institut durch die Gewerkschaften geschaffen ist und durch sie unterhalten wird, so erstreckt sich seine Wirksamkeit nur auf die Angehörigen dieser Organisationen. Die Grenze soll aber, wie in der Bekanntmachung gesagt wird, nicht mit großer Strenge beachtet werden, vor allem nicht gegenüber den ländlichen Arbeitern. Die weitere Aufgabe des Sekretariats wird es betrachtet, bei den Abteilungen der Arbeitervertretungen, die auf Grund des Unfall-

versicherungs- und des Invalidengesetzes vorgesehen sind, den Gewerkschaften helfend zur Seite zu stehen und die Vorbereitungen der Wahl zu übernehmen.

Das Bureau des Zentralarbeitssekretariats ist: Berlin SO., Engelauer 16, IV. Dahin sind alle Zuschriften an den Sekretär Robert Schmidt zu richten.

**Über die Lage des Arbeitsmarktes**

Schreibt der Jastronsche Arbeitsmarkt: Die Besserung des Beschäftigungsstandes ist allmählich so offensichtlich, daß nur noch über ihren Grad diskutiert werden kann. Wenn auch im Bergbau seit März wieder eine Abflauung eingetreten ist und im Eisengewerbe die Besserung nur ganz allmähliche Fortschritte macht, so zeigt sich doch im allgemeinen ein stark aufwärtsstrebender Zug, der im März sich ganz besonders kräftig betätigt. Inwiefern dies an den Mitgliederzahlen der Krankenkassen zum Ausdruck kommt, läßt sich bis jetzt mit Sicherheit nicht beurteilen, da die nunmehr amtlich gewordene Statistik ihren Erscheinungstag erst auf den 21. jeden Monats festgesetzt hat. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen aber kamen im März auf 100 offene Stellen nur noch 124,6 Arbeitsuchende gegen 148,6 im März 1902. An den Nachweisen einzelner Städte ist das Verhältnis noch viel günstiger und zwar namentlich dadurch, daß die Nachfrage ganz erheblich gewachsen ist. Diese günstige Veränderung wird durch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verortet nicht abdrücken auf Bedeutung, daß der März regelmäßig eine Abnahme des Andranges aufweist. Es muß hervorgehoben werden, daß in diesem Jahre der Grad der Abnahme stärker ist als 1902. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt deckt sich ziemlich genau mit den Berichten aus unseren Industriebezirken sowie mit der Kursbewegung an der Börse, die allerdings schon wieder von einem Optimismus befeuert war, der keineswegs gerechtfertigt erscheint. Die Steigerung der Montanwerte stimmt nicht zu der Abflauung im Bergbau und ebensowenig zu der noch keineswegs befriedigenden Lage im Eisengewerbe. Gerade in den wichtigsten Eisen verarbeitenden Branchen, so in der Maschinenfabrikation, in der Kleinindustrie und auch in einem großen Teile des Elektrozweigwerkes fehlt es immer noch an Aufträgen, die eine dauernde normale Beschäftigung ermöglichen. Eine durchgreifende Besserung hat sich bis jetzt erst im Bau- und Textilgewerbe eingestellt, wo der März eine erhebliche Zunahme der Neueinstellungen gebracht hat. Im Textilgewerbe wird in manchen Branchen und Bezirken (z. B. in der Seidenindustrie Blaunens) ein direkter Arbeitermangel konstatiert, während im Baugewerbe trotz zahlreicher Neueinstellungen ein Ueberangebot von Lehrlingen, wie z. B. in Berlin, vorhanden ist. Flott beschäftigt war im März auch das Bekleidungs- und Schuhgewerbe, das mehr Arbeit zu erledigen hatte als in der Frühjahrssaison der beiden Vorjahre. In einzelnen Arbeitsnachweisen (wie Kiel, Köln, Mainz, Heidelberg, Freiburg, Konstanz, Pforzheim, Nürnberg) wird übereinstimmend ein Mangel an Schneidern berichtet.

**Reichsarbeitsblatt.**

Das erste Monatsheft der amtlichen deutschen Zeitschrift für Sozialpolitik ist am 21. April erschienen. Mit diesem Unternehmen ist endlich auch für Deutschland nach jahrelangen Zögern etwas Ähnliches geschaffen, wie es Österreich, Frankreich, Belgien und England längst in ihren amtlichen Arbeitszeitschriften besitzen: ein zuverlässiges und zuverlässiges Archiv, das die sozialpolitischen Materialien sammelt und übersichtlich zusammengestellt möglichst im Wortlaut veröffentlicht. Das deutsche Unternehmen heißt Reichsarbeitsblatt, herausgegeben vom kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik (1. Jahrgang, April 1903, Nr. 1, 80 Seiten, Preis 10 Pf., jährlich 1 Mk. bei der Post). Das erste Heft enthält den Text der deutschen Verordnungen über die Abteilung für Arbeiterstatistik, amtliche Erlasse und Bestimmungen über Arbeiterschutz, Wohnungsweisen, Auswanderung und ähnliches, sowie als selbständige statistische Arbeiten die Berichterstattung über den monatlichen Stand des Arbeitsmarktes, wie sie Dr. Jastron bisher in seiner Zeitschrift pflegte, nach den Mitteilungen der Arbeitsnachweise, Krankenkassen und Unternehmerverbände, während aus Arbeiterverbänden in dieser Nummer noch gar nichts mitgeteilt ist. Dagegen sind einige Zusammenstellungen kommunalpolitischer Natur gegeben: über Notstandsarbeiten in deutschen Städten 1902/03, über städtische Arbeitslosenverhältnisse in Stuttgart und Dresden mit allem einschlägigen Material, Fragebogen und Ergebnissen, sowie über Submissionsbedingungen und Lohnklassen in denselben. Auch über ausländische sozialpolitische Akte wird nebenbei berichtet. Die politische Statistik wird für das letzte Jahr hier in Auszug früher mitgeteilt, als sie in den Monatsheften der Statistik des Deutschen Reiches erscheint.

**Zweiter dieselben.**

Auch die Firmasener Schuhwarenfabrikanten, die 6000 Arbeiter aussperrten, wollen kein Wässchen getrübt und nur in Notwehr gehandelt haben. Daß der Schlag gegen die Arbeiter aber schon seit langer Zeit vorbereitet war, ist jetzt aus Tageslicht gekommen. Ein Fabrikant sandte an seine Kundenschaft ein Zirkular, worin er mitteilte, daß er wegen des „Streiks“ nicht zu liefern imstande sei. Ein Konturver von ihm versandt ebenfalls ein Zirkular, worin es heißt, daß er, da er den Kampf schon lange vorausgesehen, sich bei Zeiten darauf eingerichtet habe, und in Folge dessen liefern könne! Die Unternehmer haben also die erste Gelegenheit ergriffen, den schon lange vorbereiteten Schlag auszuführen. Ganz wie in Sferlohn!

**Die Girsch-Dunderschen in Nürnberg**

haben das Anerbieten des Gewerkschaftskartells, ihnen nach Art eines freiwilligen Proporz ein Besizer und einen Ersatzmann einzuräumen, abgelehnt, weil nicht, wie verlangt, zwei Besizer und zwei Ersatzleute gewählt wurden. Wenn die Girsch-Dunderschen nun selbständig in die Wahl eintreten, so werden sie, wenn die freien Gewerkschaften für eine stärkere Beteiligung sorgen wie vor drei Jahren, vielleicht nicht die Stimmen erhalten, die bei einem Proporz zu einem halben Vertreter hinreichen.

**Unfälle auf dem Wege zur Arbeit und der erweiterte Senat des Reichs-Vericherungsamtes.**

Der Schlosser W. in Frankfurt a. M. war wegen dringenden Arbeiten von seinem Arbeitgeber ermahnt worden, möglichst seine Mittagspause abzukürzen und eilig zur Betriebsstätte zurückzukehren. W. kam dem Wunsche nach und benutzte sein Fahrrad, um so schnell als möglich zurück zu sein. Untermwegs kam er in dem Straßengetriebe zu Falle und verlor sich derart, daß er in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt wurde. Seinen Antrag auf Unfallrente lehnte die Berufsgenossenschaft ab, da sie einen „Unfall beim Betriebe“ nicht anerkannte, weil der Weg zur Arbeit nicht in den Raum des Betriebes falle. Das Schiedsgericht, bei dem W. Klage erhob, verurteilte jedoch die Berufsgenossenschaft mit Rücksicht auf die angeführten besonderen Umstände und das Reichs-Vericherungsamt, d. h. der Senat, den die Sache auf den Refus der Berufsgenossenschaft beschickte, hatte Neigung, im selben Sinne zu entscheiden. Er glaubte aber, damit von der Praxis abzuweichen, wonach Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit keine Betriebsunfälle seien. Dieser Senat überwies deshalb die Sache dem erweiterten Senat der für solche besondere Streitfälle geschaffen worden ist.

Der erweiterte Senat des Reichs-Vericherungsamtes hat nun dem Refus der Berufsgenossenschaft stattgegeben, das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben und den Rentenanspruch des Klägers endgültig abgewiesen. Das Urteil führte begründend aus: Es stehe fest, daß der Unfall dem Kläger auf dem Wege von seiner Wohnung zur Betriebsstätte zugefallen sei. Dieser Weg sei jedoch nach der bisherigen Rechtsprechung regelmäßig nicht und ausnahmsweise nur dann dem Betriebe zugurechnen, wenn er nach seiner Zweckbestimmung und unmittelbaren Zweckbestimmung im Zusammenhang mit dem versicherungspflichtigen Betriebe stehe und im Interesse desselben zurückgelegt werde. Im vorliegenden Falle, wo der Kläger lediglich die Entfernung zwischen seiner Wohnung und der Betriebsstätte zurücklegte, sei eine solche Zweckbestimmung des Weges nicht anzuerkennen. Daß aber jener Standpunkt des Reichs-Vericherungsamtes dem Gesetz wie dem praktischen Bedürfnis voll entspreche, zeige

das Verhalten der gesetzgebenden Körperschaften. Diese hätten die Rechtsprechung genau gefolgt und seien ihr doch nicht durch eine veränderte Fassung des neuen Unfallversicherungsgesetzes entgegengetreten. In den Kommissionsberatungen sei sogar eine Anregung vermorsen worden, die darauf abzielte, die Versicherung auf jene Unfälle allgemein zu erstrecken, welche den Arbeitern auf dem Wege von und zur Betriebsstätte zugefallen. — Abgesehen hiervon seien vorliegend die besonderen tatsächlichen Umstände nicht geeignet, einen ursächlichen Zusammenhang des Unfalls mit dem Betrieb herzustellen. Allerdings habe die Betriebsarbeit gedrängt und der Arbeitgeber den Verletzten ermahnt, die Mittagspause abzukürzen und schnell zurückzukommen; und es möge zugegeben werden, daß die Benutzung des Fahrrades, dessen Klager sich öfter bediente, im Sinne des Arbeitgebers gewesen sei. Bei alledem seien aber doch die Ursachen des Unfalls mit den gänglich betriebfremden Vorgängen des Straßenverkehrs erschöpft und jene Tatbestände bedingen weder eine Ausdehnung des Betriebes auf den Weg zur Betriebsstätte noch vermittelten sie ein sonstiges ursächliches Verhältnis zum Unfall und dem Betrieb. Somit läge hier ein entschuldigungspllichtiger Betriebsunfall nicht vor. Das Reichs-Vericherungsamt habe keinen Anlaß, von seinem prinzipiellen Standpunkt in der betreffenden Rechtsfrage abzuweichen.

**Stiefkinder haben keinen Anspruch auf Unfallrente.**

wenn ihr Stiefvater einem Betriebsunfall zum Opfer gefallen ist. Nach einer jüngst ergangenen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes sind die maßgebenden Momente für die Berechtigung des Anspruches auf Hinterbliebenenrente nach einem durch Unfall ums Leben gekommenen, die Blutsverwandtschaft und die Unterhaltspflicht des Getöteten zu seinen Lebzeiten, die durch die Rente ersetzt werden soll. Zwischen einem Stiefvater und seinem Stiefkind besteht jedoch nach § 1590 des Bürgerlichen Gesetzbuches nur ein Schwägerverhältnis, kein Verwandtschaftsverhältnis und nach § 1601 sind nur Verwandte verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren, unter Verschwägerten, besonders auch zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, besteht keine Unterhaltspflicht.

Aus dieser Entscheidung ergibt man deutlich den rückfälligen Charakter des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Bestimmung, auf die sich die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes stützt, spricht geradezu allem Rechtsgefühl Hohn.

**Vom Ausland.**

**Österreich.**

Der Verband der österreichischen Metallarbeiter veröffentlicht seinen Rechenschaftsbericht für 1902. Die Einnahmen betragen 262.667 Kr., die Ausgaben 287.481 Kr. Die Mehrausgabe betrug sonach 24.814 Kr. Das finanzielle Ergebnis des letzten Jahres war also für die Organisation kein günstiges, was zum größten Teile auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen ist. Die ausbezahlten Unterstützungen haben noch in diesem Jahre vorher seit dem Bestand des Verbandes auch nur eine annähernd gleiche Höhe erreicht. Die Ausgaben verteilen sich auf: Agitation 22.000 Kr., Unterstützungen 75.000 Kr., Rechtschutz 5000 Kr., Arbeitsvermittlung 5000 Kr., Kapitalanlage 50.000 Kr., Inventarbeschaffung 2000 Kr., Verwaltung 27.000 Kr., Verbandsorgan 44.000 Kr., Sonstiges 23.000 Kr. Die Zweigvereine gaben für Lokalzwecke 73.000 Kr. aus. Die Mitgliederzahl betrug 13.017, um 670 weniger als im Vorjahr. Der Verlust war in Steiermark, Böhmen, Mähren und Niederösterreich — Wien ausgenommen — am größten. In den übrigen Teilen des Landes nahm die Mitgliederzahl zu. Der Verband hatte 192 Zweigvereine gegen 167 im Vorjahr. Im Verbandsverhältnis standen 8 Fachvereine, deren Mitgliederzahl in der oben angegebenen nicht inbegriffen ist. Trotz des nicht sehr erfreulichen Ergebnisses des letzten Vereinsjahres ist der Fortschritt der österreichischen Metallarbeiterorganisation, wenn man den Bericht dem früheren Jahre gegenüberstellt, ein bedeutender.

Dem vor kurzem veröffentlichten Bericht des Zentralvereins der Eisenarbeiter Österreichs ist zu entnehmen, daß die Einnahmen im Jahre 1902 17.088 Kr., die Ausgaben 18.656 Kr. betragen. An Arbeitslosenunterstützung wurden 4139 Kr., Reiseunterstützung 198 Kr., an außerordentlicher Unterstützung 392 Kr. und für Rechtschutz 208 Kr. verausgabt. Die Agitation erforderte 1927 Kr. Der Verein hat 13 Ortsgruppen; die Mitgliederzahl ist im Bericht nicht angegeben. Er wird an den nächsten Gewerkschaftskongress wegen des Ausschlusses aus der Gewerkschaftskommission, der infolge seines Ausschlusses aus dem Metallarbeiterverband erfolgte, appellieren.

Ein sehr erfreulicher Fortschritt in der Metallarbeiterbewegung ist aus Ungarn zu berichten. Der Zwist unter den ungarländischen Metallarbeitern, von dem wir leider schon einmal berichten mußten, ist auf der zu Ostern in Budapest abgehaltenen Landeskonferenz der Metallarbeiter Ungarns hoffentlich für immer beigelegt und die Einigung in der Organisationsfrage zu stande gebracht worden. Der wichtigste Beschluß dieser Konferenz, der seitens des österreichischen Metallarbeiter-Verbandes die Genossen Beer und Dome anwohnten, ist die Schaffung einer Zentralorganisation der ungarländischen Metallarbeiter. Sämtliche Budapest Metallarbeitervereine waren vertreten, die Industrieorte hatten Delegierte entsandt. Nachdem der prinzipielle Beschluß auf Schaffung einer Zentralorganisation einstimmig gefaßt war, gaben die Delegierten die Erklärung ab, daß die von ihnen vertretenen Organisationen sich der zu schaffenden Zentralorganisation anschließen werden, die am 1. Mai in Tätigkeit tritt. Der Mitgliederbestand der Vereine beträgt circa 4000 Mann, der Vermögensstand circa 10.000 Kr. Von den Vereinen sind 75 Prozent ihres Barvermögens der Leitung der geschaffenen Zentralorganisation zu übergeben. Als offizielles Verbandsorgan wurde das Fachblatt der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns anerkannt. Das Blatt geht in das Eigentum des Verbandes über. Nach Beratung von Anträgen auf Schaffung eines Streitreglements, Errichtung einer Arbeitsvermittlung und Inzenerierung einer planmäßigen Agitation wurde der Vorstand beauftragt, mit den Bruderverbänden im Ausland in Unterhandlungen zu treten, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis hinsichtlich der Reiseunterstützung zu schaffen.

Dem Kampffeld der Metallarbeiter ist zu berichten, daß der Streik der Wiener Galanteriefabrikanten immer fortdauert. Die Unternehmer rechnen darauf, daß die Streitenden die Arbeit bedingungslos aufnehmen. In den Hüttenwerken in Wittkowitz, der Hochfeld-Guttmanngruppe gehörend, wurden den Arbeitern Abzüge in der Höhe von 10 Prozent gemacht. Hieron sind vorläufig 1300 Mann betroffen. Infolge dieser Abzüge steigert sich die Erregung der Arbeiter von Tag zu Tag mehr. In diesen Werken sind zur Zeit hundert Geschäftsgänge 14.000 Mann beschäftigt, während dem jetzt kaum 8000 Mann dort arbeiten. Auch in der Waffenfabrik in Steyr wurden Abzüge gemacht, deren Höhe gar 30 bis 33 Prozent beträgt. Die Ausbeuter nützen den schlechten Geschäftsgang weidlich zu Abzügen und Brutalitäten der Arbeiter aus. Deshalb stehen, allem Anschein nach, den österreichischen Metallarbeitern harte Kämpfe bevor.

**Belgien.**

Der diesjährige (18.) Jahreskongress des belgischen Metallarbeiter-Verbandes findet am 31. Mai in Brüssel statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Geschäftliche Angelegenheiten, 2. Schaffung eines Einheitsstatuts für alle Verbandsgruppen, 3. Die beste Arbeitsmethode (Zeit- und Stückarbeit), 4. Verkürzung der Arbeitszeit, 5. Zentralisation und Delegatation.

**England.**

Aus dem Bericht der Gewerkschaft der Kesselschmiede und Eisenstiftbauer für den abgelaufenen Monat geht hervor, daß die günstigere Geschäftslage, welche bereits im Februar eingetreten war, auch im März anhält. Entlassungen in größerer Zahl kamen wohl an der Nordostküste vor, doch ist dies darauf zurückzuführen, daß infolge des Konfliktes der Zimmerer mit den Schiffbauern die Arbeit auf manchen Werften eingestellt werden



mußte. Man hofft, daß mit einer Besserung der Witterungsverhältnisse normale Zustände im Schiffbauergewerbe wieder eintreten werden.

George Barnes, der Generalsekretär der Maschinenbau- und einer der ausführenden unter dem Parlamentspräsidenten für die nächste Wahl, hat kürzlich einem Vertreter der Liberalen...

Amerika.

Die Geschäftslage wird in allen Zweigen der Industrie als eine andauernd gute angegeben; auch die Metallgewerbe haben hierin im allgemeinen Anteil...

Die Streikbewegung hat in den letzten Wochen in den Vereinigten Staaten stark an Umfang gewonnen; insbesondere sind es die Eisenbahner und die Tramwayangestellten...

Im Staate New-York haben im Jahre 1902 49 Streiks von Metallarbeitern stattgefunden; die Zahl der Streiker war 12914...

Literarisches.

Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Der Reichstag 1898 bis 1903. Herausgegeben vom sozialdemokratischen Parteivorstand.

Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Für die Versicherten dargestellt von Ernst Funke und Walter Hering.

Die Frauen und die Politik. Lily Braun. Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum. Tatsachenmaterial zur Arbeiterversicherung und Zentrumspolitik. Von Johannes Timm, Arbeitersekretär. Preis 20 Pf.

Meiers Großes Konversations-Lexikon. Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens. Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage.

Die Frauen und die Politik. Lily Braun. Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 20 Pf.

Die Gründung der Deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 28. Mai 1903. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Preis 40 Pf.

Eine neue Wahlschrift ist vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegeben. Vor kurzem ist ein „Arbeiter-Interschismus“ erschienen...

Inhalt von Nr. 18.

Reichstagswahlen und Genossenschaften. — Was nun? — Zum Kampf in Iserlohn. — Unentgeltlichkeit der Arbeitsnachweise. — Belgischer Brief. — Zur Generalversammlung. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Aus den Agitationsbezirken: Bezirkskonferenz für die Metallarbeiter Thüringens. — Aus den einzelnen Branchen: Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Leipziger Formier. — Korrespondenzen. — Aus der Metallindustrie: Zur Geschäftsfrage. Preisverhöhung in der Beleuchtungsbranche. Lokomotivfabrik Krauss & Co., München. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Berlin-Karlshagen. — Ausruf. — Rundschau: Das Zentralarbeitssekretariat. Über die Lage des Arbeitsmarktes. Reichsarbeitsblatt. Immer dieselben. Die Friedrich-Dunderschen in Nürnberg. Unfälle auf dem Wege zur Arbeit und der erweiterte Senat des Reichsversicherungsamtes. Stiefkinder haben keinen Anspruch auf Unfallrente. — Vom Ausland: Österreich. Belgien. England. Amerika. — Literarisches.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgesucht.

Nachsch. (Stadler). Samstag, 2. Mai, abends halb 9 Uhr, im Restaurant St. Martin, Alexanderstraße.

Wittowa (Müller). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 48.

Wolfs. Samstag, 2. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vorwärts. Vortrag.

Wohlfahrt. Dienstag, 5. Mai, abends 9 Uhr, im „Weißen Hof“.

Wohlfahrt. Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Waffelstr.

Wohlfahrt. Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Restaurant Bratowitschstraße, Steinstr. 7.

Wohlfahrt (Müller). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Wohlfahrt (Knopf und Metallarbeiter). Dienstag, 12. Mai, abends halb 9 Uhr, bei Schürer, Blumenstraße 5.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. Main-Denkheim. Bezirk Frankfurt. Samstag, 9. Mai, im Gewerkschaftshaus.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Karlsruhe (Wagner und Inflation). Samstag, 9. Mai, abends halb 9 Uhr, im Gasthof Fortuna.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Leipzig i. B. Samstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, im „Bergschützen“.

Le